

Palästina Journal

Ausgabe 8 · November 2014
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

Einheit

Interview zur Einheitsregierung
mit Abdallah Frangi

Kommentare

Verhandlungen
Andere Nahostpolitik

Weltweite Solidarität

Beduinen
Militärembargo



IMPRESSUM

ISSN 1436-252X

Herausgeber

Deutsch-Palästinensische
Gesellschaft e.V. (DPG)
Hektorstraße 17, 10711 Berlin
dpg@dpg-netz.de; www.dpg-netz.de

Redaktion

Wiebke Diehl (Berlin)
Hermann Dierkes (Duisburg)
Jan-Günther Frenzel (Berlin)
Ingrid Koschorreck (Berlin)
Dr. Detlef Griesche (Bremen)
Nazih Musharbash (Bad Iburg)
Dieter Neuhaus (Frankfurt)
Petra Schöning-Raspe (Köln)
Jürgen Sandler (Berlin)
Gisela Siebourg (Berlin)
Wiltrud Rösch-Metzler (Stuttgart)
verantwortliche Redakteurin

Redaktionsanschrift

redaktion@dpg-netz.de

Satz, Layout & Druck

Druckhaus Köhler GmbH
Siemensstraße 1–3, 31177 Harsum
www.druckhaus-koehler.de

Druckhaus  **Köhler**
Harsum GmbH

Erscheinungsweise

Das Palästina Journal erscheint
im Jahr 2014 einmal.

Preis

Der Bezugspreis für das Palästina Journal
ist im DPG-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abo

Bitte wenden Sie sich an die DPG.

Spenden

Um dieses unabhängige Journal veröffentlichen
zu können, ist die DPG auf Spenden angewiesen.

Bitte spenden Sie an:

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG)
Sparda West e.G.
Konto-Nr. 100339210 · BLZ 370 605 90
BIC: GENODE33SPK
IBAN: DE37 3706 0590 0100 3392 10

Gefördert durch:

Brot für die Welt –
Evangelischer Entwicklungsdienst

Titelbild

Muhammad: Ich brauche jetzt die dreifache Zeit
um zu meiner Schule zu kommen. Bei meiner
Schwester sieht das noch viel schlimmer aus.
Überhaupt fühlt man sich mit dieser Mauer wie
in einem Gefängnis. Nach der Schule werde ich
hier weggehen. Hier hat man keine berufliche
Chance.

FOTO // HEINER SCHMITZ © 2011

Inhalt

Palästina Journal · Ausgabe 8 · November 2014



- 03 Hintergrund // Gaza-Krieg / Kriegsfolgen**
- 04 Hintergrund // Gaza-Krieg / Recht auf Selbstverteidigung / Aufklärung von möglichen Kriegsverbrechen**
- 06 Nachrichten aus Palästina // Gefangene / Hamas beliebt / Joghurtfabrik zerstört**
- 09 Deutsche und EU-Nahostpolitik // Protest gegen neue Siedlungen**
- 10 Aktivitäten // DPG / Tagung 2015**
- 11 Schwerpunkt // Einheit / Hamas**
- 12 Schwerpunkt // Einheit / Interview mit Abdallah Frangi**
- 14 Schwerpunkt // Einheit / Mauerbau**
- 15 Kommentare // Friedensverhandlungen**
- 16 Weltweite Solidarität // Beduinen**
- 17 Weltweite Solidarität // Waffenembargo / Bischof Tutu / Schiffsblockade**
- 20 Bücher und Filme // Gelobtes Land / Roadmap to Apartheid**
- 22 Projekthilfe // Schüleraustausch**
- 23 Kunst und Kultur // „Gaza“ von Mahmud Darwisch**

Krieg gegen Gaza

FOTO // ISS



Gaza-Krieg am 24. Juli 2014: Der deutsche Astronaut Alexander Gerst hat dieses Foto aus der Internationalen Raumstation ISS getwittert mit der Bemerkung „Mein bislang traurigstes Foto.“

Kriegsfolgen

Nach der Operation „Sommerregen“ im Juni 2006 (Tote: 7 Israelis, 402 Palästinenser), der Operation „Gegossenes Blei“ im Dezember 2008/Januar 2009 (Tote: 13 Israelis, 1.417 Palästinenser), der Operation „Wolkensäule“ im November 2012 (Tote: 2 Israelis, 165 Palästinenser) ist nun mit der 50 Tage dauernden Operation „Fels in der Brandung“ am 26. August 2014 mit 70 getöteten Israelis der bislang blutigste Krieg gegen Gaza zu Ende gegangen. Nach Angaben des Palästinensischen Zentrums für Menschenrechte gab es 2.168 palä-

stinensische Todesopfer. 1.662 davon waren Zivilisten, darunter 519 Kinder und 297 Frauen. Fast 40 Prozent der Opfer waren Frauen und Kinder. Rund 500 000 Menschen mussten während der Angriffe fliehen und rund 100 000 sind nach UN-Angaben zumindest vorübergehend wohnungslos, weil ihre Häuser zerstört sind. Die UN berichtete auch, dass 244 Schulen (davon 75 UNRWA-Schulen) beschädigt wurden. Rund 400.000 Kinder leiden unter Alpträumen, Bettnässen, Regression und der Unfähigkeit sich auszudrücken.

Liebe Leserinnen und Leser,

wie kommt die innerpalästinensische Versöhnung voran, fragen wir in dieser Ausgabe den Gouverneur von Gaza, Abdallah Frangi. Die palästinensische Einheit war eine Folge aus den im April 2014 gescheiterten, durch die USA vermittelten israelisch-palästinensischen Friedensgesprächen. Sie ist der israelischen Regierung, die davor nicht müde wurde zu betonen, die Palästinenser würden nicht mit einer Stimme sprechen, ein Dorn im Auge und vermutlich ein Auslöser für die schweren Angriffe auf Gaza im Sommer 2014.

Wenn Ihnen unser Journal gefällt, fordern Sie bitte, (falls möglich mit einer kleinen Spende versehen), weitere Exemplare an, die Sie in Ihrem Bekanntenkreis oder bei Veranstaltungen verteilen. Die DPG würde sich freuen.

Die Redaktion

redaktion@dpg-netz.de

UN-Warnung

Falls humanitäre Hilfe für Gaza nicht mobilisiert werden kann, werden
über 1,2 Millionen Menschen keinen angemessenen Zugang zu Wasser haben
über 141 Schulen zum Schuljahresbeginn nicht renoviert sein, zusätzlich zum bereits fehlenden Bestand von 200 Schulen
373.000 Kinder mit Traumata, die psychosoziale Behandlung nötig haben, unbehandelt bleiben
über 490.000 interne Flüchtlinge keine sofortige Nahrungsmittelhilfe bekommen
über 40.785 beschädigte Wohnungen nicht repariert, und die Familien obdachlos bleiben

Kilani-Familie und Hochhaus in Gaza-Stadt, in das die Familie während des Krieges geflüchtet war: Nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums sind auch ganze Familien getötet worden wie die abgebildete Kilani-Familie. Der Architekt Ibrahim Kilani hatte in Deutschland studiert. Vor einigen Jahren war er nach Gaza zurückgegangen, hatte dort zum zweiten Mal geheiratet und eine Familie gegründet. Er und seine fünf Kinder waren deutsche Staatsbürger.



Vom Recht auf Selbstverteidigung

Die These vom Selbstverteidigungsrecht ist Israels Basisrechtfertigung für alle Gewalt, die sie als Besatzungsmacht an den Checkpoints, mittels täglicher Razzien, Inhaftierungen und Zerstörungen bis hin zu den periodischen massiven Kriegsüberfällen ausübt. Der Widerstand der Palästinenser, ob in einzelnen Selbstmordattentaten und Gewaltattacken oder durch die Raketen aus Gaza, wird generell als Terror stigmatisiert, dem jede Rechtfertigung fehlt. Doch die rechtliche Bewertung von Gewalt und Krieg ist eine ganz andere, wenn man die UNO-Charta und das geltende Völkerrecht zugrunde legt. Die Besatzung ist Ausgangspunkt aller Probleme und der Gewalt dieser Region. Sie ist eine vom humanitären Völkerrecht der Haager Konventionen von 1907 und der Genfer Konventionen von 1949 mit zahlreichen Rechten aber auch Pflichten ausgestattete Form der Kriegsführung. So erlaubt Art. 55 der Haager Landkriegsordnung von 1907 dem besetzenden Staat nur, die natürlichen Ressourcen des besetzten Landes, ob es sich um Erdöl oder Erdgas, Wasser oder Wälder, Steinbrüche, Ackerland oder Plantagen handelt, als Verwalter zu benutzen. Er darf es nicht für sich allein ausbeuten, sondern nur insoweit, als Ertrag und Gewinn der einheimischen Bevölkerung zugutekommt. Die militärischen Interessen der Besatzung müssen auf die zivilen Bedürfnisse der Bevölkerung Rücksicht nehmen. Dafür hat die Zweite Genfer Konvention eine Reihe von Besatzungspflichten kodifiziert: so die Regelung des Arbeitseinsatzes und die Versorgung mit Lebensmitteln und ärztlicher Fürsorge (Art. 51 ff. II. Genfer Konvention). Privateigentum darf nur dann und auch nur mit Entschädigung requiriert werden, wenn es für die Zwecke der Besatzung notwendig ist. Die Ansiedlung der eigenen Bevölkerung auf besetztem Gebiet ist ohne Ausnahme verboten (Art. 46 ff. II. Genfer Konvention). Eine auch nur oberflächliche Betrachtung der Besatzungspraxis der israelischen Regierung zeigt, dass sie keine dieser Pflichten erfüllt, ja sie durch ihre Siedlungs- und Blockadepolitik vorsätzlich und mit den radikalsten Mitteln verletzt.

Besatzung ist darüber hinaus nur zeitlich begrenzt berechtigt, solange sie militärisch für die Sicherheit der Besatzungsmacht notwendig ist. Das ist ein dehnbare Begriff. Für Israel hat sie sich im Laufe der Jahrzehnte allerdings von einer Bedingung für seine Sicherheit in eine Bedrohung verwandelt. Der UNO-Sicherheitsrat, die Generalversammlung und der Internationale Gerichtshof

in Den Haag haben sie wiederholt als völkerrechtswidrig bezeichnet und den Rückzug Israels gefordert. Schon lange gibt es keine rechtliche Grundlage mehr für die Besatzung. Der von der israelischen Regierung eingeführte und auch von der deutschen Regierung übernommene Begriff „Autonomiegebiete“ verschleiert gezielt den tatsächlichen und juristischen Status der besetzten Gebiete. Daran ändert auch nichts, dass Israel die Geltung der Genfer Konventionen für die palästinensischen Gebiete nicht anerkennt. Der Trick seiner Juristen lautet, die Konventionen gelten nur zwischen Staaten, zu denen die besetzten Gebiete jedoch nicht gehören. So simpel dieser Trick, so falsch ist er. Er verdreht das Schutzziel der Konventionen, welches nicht die Staaten, sondern die Menschen sind, egal wo und in welcher gesellschaftlichen Organisation sie leben.

Wer eine völkerrechtswidrige Besatzung aufrechterhält und seine Pflichten daraus nicht nur vernachlässigt, sondern grob verletzt, dem steht nicht das Recht auf Selbstverteidigung zu. Er ist der Angreifer, gegen den Widerstand erlaubt ist. Die UNO-Generalversammlung hat bereits 1974 mit den Resolutionen 3236 und 3237 die PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt. Das bedeutete die Anerkennung

des vollen Selbstbestimmungsrechts für das palästinensische Volk sowie das Recht, es mit allen Mitteln durchzusetzen. Schon damals erhielt die PLO einen Beobachterstatus bei der UNO, und der bewaffnete Kampf wurde als legitimes Mittel akzeptiert. Diese Rechte waren bereits den südafrikanischen Befreiungsbewegungen ANC, PAC und SWAPO, der angolanschen MPLA und der FRELIMO in Mosambik zuerkannt worden. Im Gegensatz zu den afrikanischen Völkern ist der Kolonialstatus der Palästinenser immer noch nicht beendet – ihr Recht, ihre Befreiung auch mit militärischen Mitteln zu erkämpfen aber ebenfalls nicht. Dieser Widerstand der Palästinenser ist ebenfalls an das humanitäre Völkerrecht gebunden und verbietet den Angriff auf zivile Ziele. Die Raketen aus dem Gazastreifen sind daher ohne Zweifel völkerrechtswidrig.

Das mag alles angesichts des so ungleichen Kräfteverhältnisses der Gegner und des absolut desolaten Zustandes der militärischen Mittel der Palästinenser sehr theoretisch klingen. Ganz abgesehen davon, ob militärische Mittel in diesem Konflikt und in dieser Zeit überhaupt noch ein Problem zu lösen vermögen. Ein Blick auf das in letzter Zeit so vielfach beschworene Völkerrecht vermag allerdings den einzig möglichen Weg zu einer dauerhaften Friedenslösung zwischen Israel und Palästinensern, die auch den nächsten Waffenstillstand überdauert, offen zu legen: die Aufhebung der Besatzung.

NORMAN PAECH, VÖLKERRECHTLER UND EHEMALIGER BUNDESTAGSABGEORDNETER.



Sayeedy Warsi



FOTO // CHANAL4NEWS

SAYEEDY WARDI war Staatsministerin im britischen Außenministerium. Am 5. August 2014 ist Wardi zurückgetreten. Die konservative Politikerin wollte den Druck, den ihre Regierung auf die Führung der Palästinenser aufbaute, nicht mehr mittragen.

„Ich denke, es ist moralisch unvertretbar, wenn wir nach vier Wochen eines Konflikts - über ein Viertel der Bevölkerung des Gazastreifens vertrieben, fast 2.000 Menschen getötet, fast 400 unschuldige Kinder getötet - noch immer nicht die Worte finden können, um auszusprechen, dass wir dies verurteilen und dass wir diese Aktion als unverhältnismäßig empfinden. Diese Angelegenheit ist bei weitem zu ernst, als dass wir Leisetreter hätten sein dürfen und als dass wir sie verschleppen.“

Aufklärung von möglichen Kriegsverbrechen

Nach einem Krieg trägt die Aufklärung von möglichen Kriegsverbrechen ein Stück weit zu Gerechtigkeit für die Opfer bei. Nach dem Gazakrieg hat der UN-Menschenrechtsrat eine Kommission eingesetzt, die mögliche Kriegsverbrechen auf beiden Seiten untersuchen soll. Während dies von der Hamas begrüßt wurde, verweigert die israelische Regierung jegliche Kooperation mit der Kommission. Stattdessen hat sie begonnen, eigene Untersuchungen anzustellen, die von der israelischen Menschenrechtsorganisation B'tselem aber als nicht ausreichend abgelehnt werden.

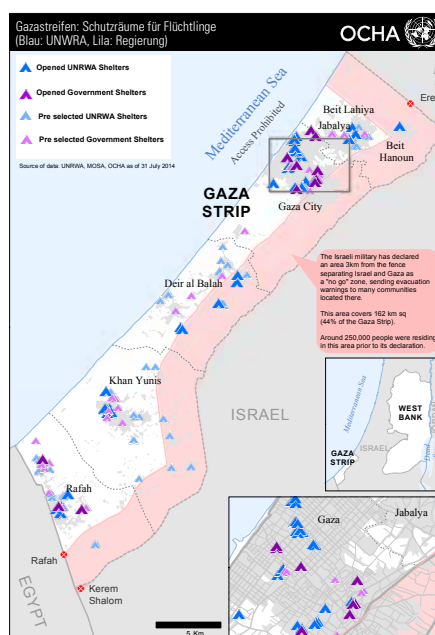
B'tselem, Gisha, die Association for Civil Rights in Israel, das Public Committee against Torture in Israel, Hamoked – Center for the Defence of the Individual, Yesh Din, Adalah, Machsom Watch, Rabbis for Human Rights und Physicians for Human Rights – Israel hatten sich bereits im Juli an den israelischen Generalstaatsanwalt gewandt. Angesichts der vielen zivilen Toten äußerten sie den Verdacht, die israelische Seite verletze Kriegsvölkerrecht.

Auf palästinensischer Seite wird der Raketenbeschuss auf israelisches Gebiet als mögliche Völkerrechtsverletzung gesehen. In einer Erklärung von internationalen Juristen, heißt es, Israel verstoße gegen das Prinzip der Verhältnismäßigkeit und der Unterscheidung. Sowohl unter dem Völkergewohnheitsrecht als auch unter dem Vertragsrecht sei das Verbot, Angriffe auf die Zivilbevölkerung zu richten oder auf zivile Ziele, unumstößlich. „Wenn man eine Warnung erlässt, zum Beispiel Israels sogenannte Dachklopf-Technik, oder 5 Minuten vor dem Angriff eine SMS sendet – mindert das nicht (die Tat): es bleibt illegal, ohne einen Beweis militärischer Notwendigkeit vorsätzlich ein ziviles Haus anzugreifen.“

Internationale Proteste hatte der israelische Beschuss einer UNWRA-Schule ausgelöst. Es wurden „Kinder getötet, die neben ihren Eltern auf dem Boden eines von den Vereinten Nationen zum Schutzraum erklärten Klassenzimmers geschlafen haben“, sagte der UNWRA-Generalkommissar Pierre Krähenbühl. „Kinder, die im Schlaf getötet

wurden – das ist ein Affront gegen alle von uns, das ist ein Grund für universelle Scham.“

Die regierungsunabhängige palästinensische Menschenrechtsorganisation Al-Haq veröffentlichte einen Bericht über die Verwendung von DIME-Munition in Gaza und verlangt eine Untersuchung. Nichtregierungsorganisationen in Gaza haben u.a. internationalen Schutz für die Zivilbevölkerung gefordert, Gerichtsverfahren für Kriegsverbrechen, ein Waffenembargo gegen Israel und die Aussetzung des EU-Israel-Assoziationsabkommens.



Ein Auslöser für den Krieg war die Entführung und Ermordung dreier jüdischer Schüler im Westjordanland Anfang Juni. Regierungschef Benjamin Netanjahu hatte gleich zu Beginn der Entführung die Hamas für das Verbrechen verantwortlich gemacht. Danach hatte Polizeisprecher Micky Rosenfeld gegenüber der BBC eingeräumt, dass die Täter ohne Wissen der Hamas-Führung auf eigene Faust gehandelt hatten. Auch die New York Times beschreibt die Entführung als eine Angelegenheit eines Clans aus der Nähe von Hebron. Die Hamas-Führung hätte von der Aktion nichts gewusst. *röm*

ISRAELISCHE SOLDATEN BENUTZTEN „MENSCHLICHES SCHUTZSCHILD“

Israelische Soldaten benutzten Ahmad Abu Raida, 17, fünf Tage lang als menschliches Schutzschild, während er als Geisel bei Israels Bodeninvasion im Gazastreifen festgehalten wurde. Er war gezwungen worden, bei gezückter Waffe fünf Tage lang die Tunnel zu durchsuchen. In dieser Zeit wurde er verhört, verbal und physisch missbraucht. Er bekam auch kein Essen und durfte nicht schlafen. Ahmad erzählte Defence for Children International (DCI) in einem unter Eid ausgesagten Bericht, dass israelische Soldaten versuchten, von ihm zu erfahren, was er von Hamas-Mitgliedern wusste, und wollten ihn als Informanten rekrutieren, bevor sie ihn am 27. Juli entließen. „Das israelische Militär hat ständig die Hamas angeklagt, Zivilisten als menschliche Schutzschilder zu benutzen – besonders Kinder. Aber dieser Vorfall zeigt einen klaren Fall ihrer Soldaten, die direkt ein Kind zwingen, bei militärischen Operationen mitzuhelfen“, sagt Rifat Kassir, Direktor von DCI-Palästina. Ahmads Einzelheiten, ein fast ständiger Strom von Missbrauch und Drohungen: während seiner Verhaftung, Stöße und Schläge, Peitschenschläge und sexuelle Drohungen. Als er in einem zivilen Haus eine Zeitlang allein war, fand er ein Stück Papier und schrieb einen geheimen Brief an seine Familie, weil er glaubte, er würde noch getötet werden. Am Sonntag, den 27. Juli wurde er endlich entlassen. Ahmads Vater bestätigte, dass die Familie fünf Tage lang geglaubt hatte, er sei tot. Die Verwendung von Zivilisten als menschliche Schutzschilder ist nach internationalem Recht verboten. Die Praxis ist auch nach israelischem Gesetz verboten.



FOTO // B'TSELEM

Nachrichten aus Palästina



FOTO // HEINER SCHMITZ © 2011

NEUE KOLLEKTIVSTRAFE

Palästinenser in Ost-Jerusalem werden einer Kollektivstrafe ganz neuer Art ausgesetzt: dem „schmutzigen Wasser“. Nach jeder Demonstration – und während der Ereignisse in Gaza wurde fast jeden Abend demonstriert – fährt ein weißer Lastwagen durch die Gegend und versprüht eine geheimnisvolle, übel riechende Flüssigkeit. Alles wird davon imprägniert: die Fassaden der Häuser und Gebäude, die Fenster, Gehsteige, Straßen, Büsche, Blumen... Das „schmutzige Wasser“ dringt auch in die Wohnungen ein, klebt an Vorhängen, Teppichen und Kissen und macht das Leben für die Palästinenser noch unerträglicher und demütigt sie noch mehr. Aus Le Monde (29/07/2014)

UEFA ENTSCIED GEGEN JERUSALEM

Die UEFA hat die Bewerbung des israelischen Fußballverbandes, die Europameisterschaft 2020 in Jerusalem auszutragen, abgelehnt. Israel hat Ostjerusalem völkerrechtswidrig annektiert. Palästinensische Fußballvereine leiden unter der Besatzung. Unter den Toten des Gaza-Krieges waren die beiden 19jährigen Fußballspieler Ahmad Muhammad al-Qatar und Uday Caber sowie der 49-jährige Ahd Zaqout, „die Stimme des Fußballs“, Fußballlegende und begeisterter Fußballkommentator.

USA DROHT

Die US-Regierung hatte der Palästinensischen Autonomiebehörde Wirtschaftssanktionen angedroht, falls Präsident Abbas seinen Plan zum Ende der israelischen Besatzung der UN vorlegt. Die palästinensischen Pläne sehen vor, dass die UN Israel ein Datum setzt für den Rückzug aus den 1967 eroberten Gebieten. Für die USA zählt nur ein mit Israel verhandelter Friedensschluss.

DIEBSTAHL

Während der israelischen dreiwöchigen Razzia in den besetzten Gebieten drangen Polizei und Militär im Durchschnitt täglich ungefähr 18 mal in palästinensische Wohnhäuser, in Büros von Wohlfahrtsorganisationen und Geschäften ein. Dabei wurden Bargeld und Eigentum im Werte von drei Millionen Dollar gestohlen. In einem Gebiet wie der Westbank, das eh schon durch die Besatzung verarmt wurde, ist die Höhe des gestohlenen Geldes und Eigentums erdrückend. Eine Untersuchung der Menschenrechtsorganisation Euro-Mid mit Sitz in Genf dokumentiert den Diebstahl von 370 000 Dollar (cash) und beschlagnahmtes Eigentum im Wert von 2,5 Mio. Dollar (Autos, Computer, Handys, Schmuck usw.). Das Geld und das Eigentum wurde in Universitäten, Kliniken, Medienorganisationen und Wechselstuben gestohlen. Hier liegt ein klarer Verstoß gegen die Artikel 27 und 33 der Vierten Genfer Konvention vor, die Plündern und Vergeltungsmaßnahmen gegen Zivilisten und ihr Eigentum verbietet.

WEITERE DORFZERSTÖRUNGEN

Die israelische Generalstaatsanwaltschaft hat die Zerstörung von acht palästinensischen > Dörfern bei Hebron/Westbank beantragt. Bei den Dörfern handelt es sich um Tabban, Majaz, Sfai, Jinba, Halaweh, Mirkez, Fakheit und Kharuba mit insgesamt rund 1.500 Einwohnern. Wie die israelische Zeitung Haaretz berichtet, sollen die Dörfer zerstört werden, weil sie angeblich in der Nähe eines militärischen Gebietes liegen und die israelischen Streitkräfte den Platz für die Ausbildung ihrer Soldaten brauchen. Die israelische Ziviladministration und die Armee betrachten die Dorfbewohner als Landbesetzer, obwohl es die Dörfer schon seit den 1830er Jahren gibt.

2000 NEUE GEFANGENE

Das israelische Militär überzieht seit dem Mord an den drei Talmud-Schülern das besetzte Palästina mit Verhaftungswellen. Über 7000 palästinensische Gefangene sind derzeit in israelischen Gefängnissen. Davon wurden rund 2000 seit den Sommermonaten verhaftet. 127 Palästinenser sind allein in der ersten Septemberwoche verhaftet worden, berichtet die palästinensische Nachrichtenagentur Maan, darunter 28 aus Hebron, 23 aus Jenin, 21 aus Ramallah, 20 aus Jerusalem, 12 aus Betlehem. Rund 500 Gefangene sind ohne Anklage in Administrativhaft. 37 Parlamentsmitglieder sind in Gefangenschaft.

JOGHURTFABRIK ZERSTÖRT

Israelische Soldaten haben die Joghurtfabrik einer islamischen Wohlfahrtsorganisation in Hebron zerstört. Die Fabrik ist im Besitz der Islamic Charitable Society (ICS) von Hebron. Der Verkauf war ihr wichtigstes Einkommen für die Belieferung zweier Waisenhäuser und neun Schulen.



PAPST IN PALÄSTINA

Am 25. Mai hat Papst Franziskus Betlehem besucht. Die katholische Bürgermeisterin von Betlehem Vera Baboun berichtete, dass der Papst darauf bestanden habe, mit ganz normalen Menschen zusammen zu kommen. Beim Mittagessen traf der Papst auf einen jungen Palästinenser, der keinen Ausweis besitzt. Palästinensische Papiere müssen von Israel bestätigt werden, was ihm verweigert wird. Er ist somit ein Mann, der offiziell überhaupt nicht existiert. Vom Papstbesuch blieb vor allem eine spontane Geste in Erinnerung: der Papst in der Nähe der Mauer, wie er ausstieg und stumm die Mauer berührte.



ERNEUTER LANDRAUB

Die israelische Militärbehörde hat 400 Hektar palästinensischen Bodens südlich von Betlehem konfisziert. Diesen neuerlichen Landraub im besetzten Westjordanland begründet Israel unter anderem damit, dass dies eine Strafaktion wegen der Entführung und Ermordung von drei israelischen Jugendlichen Anfang Juni sei. Bei dem Gebiet handelt es sich um Ackerland und Olivenhaine, die seit Jahrhunderten von Palästinensern aus den Orten Surif, Husan, Al Jabaa und Betlehem bearbeitet werden. »Peace Now« bezeichnete die Enteignung als »die größte seit den 1980er Jahren«, die das gesellschaftliche und wirtschaftliche Gefüge um Gush Etzion und Betlehem »dramatisch verändern« könne. Bereits Mitte Juni hatten die israelischen Behörden den Neubau von 1472 Wohneinheiten für rund 6000 Siedler im Westjordanland bewilligt.

MOSCHEEN ZERSTÖRT

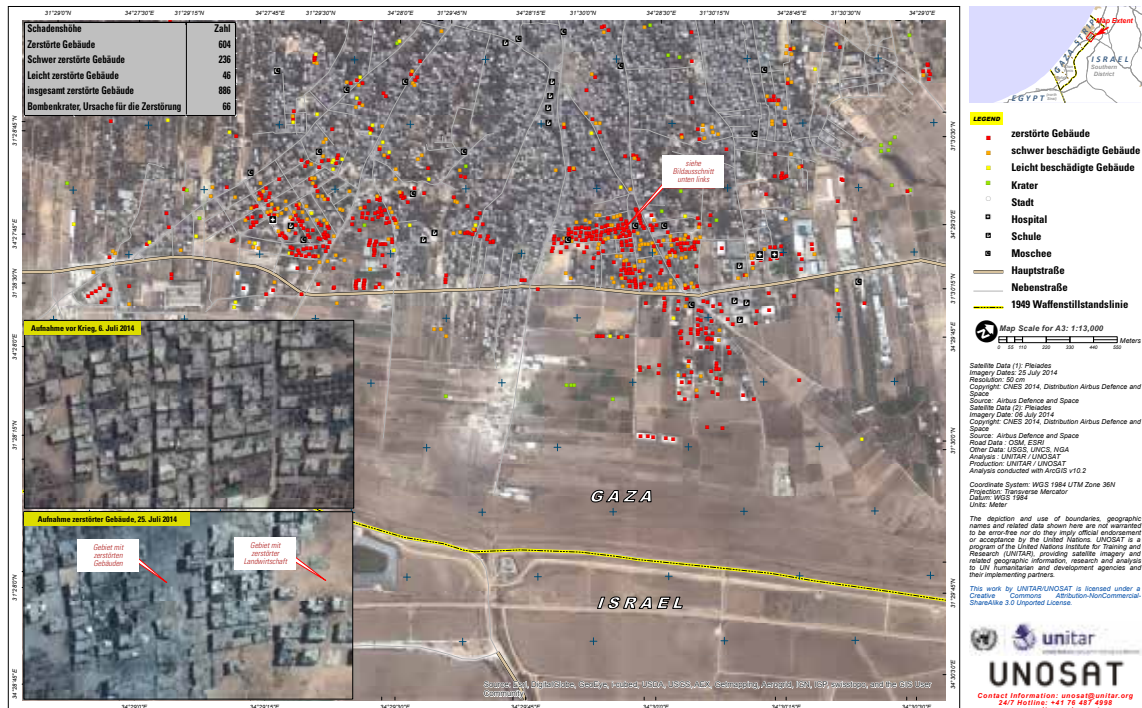
Das palästinensische Religionsministerium kritisiert die Zerstörung von kulturellem Erbe im Gaza-Krieg. 203 Moscheen seien beschädigt worden, davon 73 komplett. Zwei Kirchen hätten ebenfalls Schäden. Zu den Verlusten zählt die Al-Omari Moschee in Jabaliya aus dem 7. Jahrhundert, Gaza's älteste und größte Moschee. In Ruinen liegt auch die Al-Sham'ah Moschee in Hayy Al-Najjarin in Al-Zaytun Quartier in Gazas Altstadt. Sie wurde 1315 durch den mameluckischen Gouverneur gebaut. Die ebenfalls dem Erdboden gleichgemachte Mahkamah Moschee im Shuja'iyya Viertel ist 1455 gebaut worden. Als Grund für die Bombardierungen, nannte die israelische Regierung die Vermutung, in den Moscheen würden Raketen gelagert. Die Palästinensische Autonomieverwaltung sieht in der Bombardierung von religiösen und kulturellen Stätten eine Verletzung des Völkerrechts.

AUTOPSIE-BERICHT

Muhammad Abu Khdeir, ein Teenager aus Ostjerusalem, ist von seinen Entführern bei lebendigem Leib verbrannt worden, wie der Autopsie-Bericht ergab. Muhammad fiel vermutlich dem Hass junger Israelis zum Opfer, die die Entführung und Ermordung von drei Talmud-Schülern rächen wollten. Wie die Nachrichtenseite Electronic Intifada berichtete, wurde Muhammeds Vater bei einem mehrstündigen israelischen Polizeiverhör unter starken Druck gesetzt. Er sollte sagen, der Junge sei in einem Familienzwist ermordet worden. Vorher hatte die Polizei schon versucht zu streuen, Muhammad sei schwul und Opfer eines Ehrenmords geworden. Die Familie weigerte sich, in ihrem Trauerzelt Staatspräsident Shimon Peres zu empfangen, wegen der Bombardierung des Gazastreifens.

Schadensübersicht für den nordöstlichen Gazastreifen

Analysis with Pleiades Data Acquired 6 July and 25 July 2014



Gaza-Wiederaufbau kostet 7,8 Milliarden US-Dollar

Nach Berechnungen der Palästinensischen Autonomiebehörde kostet der Wiederaufbau von Gaza nach dem siebenwöchigen Krieg 7,8 Milliarden US-Dollar. 2,5 Milliarden werden gebraucht, um Privathäuser wieder aufzubauen. 250 Millionen werden für das zerstörte Kraftwerk benötigt.

WASSERNOT IN GAZA

Die UN befürchtet, dass es bis zum Jahr 2016 überhaupt kein sauberes Trinkwasser mehr in Gaza gibt. Der unter Gaza liegende Aquifer sei dann gekippt. Über 95% des Wassers ist bereits Nitrat- und Chlorid-verseucht. Statt 50 mg Nitrat findet man in Gaza 200-250 mg und statt 250 mg Chlorid findet man bis zu 2000 mg.

HAMAS BELIEBT

Die Hamas hat an Popularität vor allem in der Westbank deutlich gewonnen. Das palästinensische Institut für Politik- und Sozialforschung hat Anfang September neue Umfrageergebnisse veröffentlicht. Bei Präsidentschaftswahlen würde Ismail Haniyeh 61% der Stimmen erreichen, Präsident Abbas 31%. Der Hamas-Kandidat übertrifft auch den bisherigen Erstplatzierten, den in Israel inhaftierten Fatah-Politiker Marwan Barghouti. Die Zufriedenheit mit der derzeitigen Versöhnungsregierung stieg, man möchte diese auch in Gaza und 69% glauben, dass die Spaltung der Gesellschaft vorbei ist. 79% der Befragten glauben, dass die Hamas den Krieg gewonnen hat, 17% glauben, dass beide Seiten verloren haben. 86% stimmen dem Abfeuern von Raketen zu, solange Israel den Gazastreifen unter Blockade hält. Israel sei für den Krieg verantwortlich, sagen 79%, 12% finden, dass beide Seiten Schuld haben. 30% sagen, die Hamas würde auch von Wohngebieten aus Raketen abfeuern, 59% der Bevölkerung Gazas möchte nicht, dass Raketen aus Wohngebieten abgeschossen werden. Zwei Drittel glauben, dass vor allem der Iran, die Türkei und Katar Gaza unterstützt haben. Der Wiederaufbau sollte durch die Versöhnungsregierung erfolgen (44%), 39% sähen in dieser Rolle lieber die Hamas. Rund 40 Prozent der Bevölkerung Gazas möchte das Land verlassen.

BOYKOTT NIMMT ZU

Der Boykott israelischer Produkte habe nach dem Gaza-Krieg zugenommen, berichtet die palästinensische Nachrichtenagentur Maan. Demonstrationen auf den Straßen seien von Hinterbliebenen der Opfer in Gaza angeführt worden mit Slogans wie „Boykottiert die Lieferanten der Mörder unserer Kinder“. In Jericho habe z.B. der Kauf von lokalen Produkten bereits um über 20 Prozent zugenommen.

GEFANGENE UNTERVERSORGT

Die israelische Gefangenenhilfsorganisation Addameer beobachtet bei palästinensischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen systematische medizinische Vernachlässigung. Rund 1200 kranke Gefangene gebe es, einige hätten Verletzungen während der Haft erhalten, anderen würde eine gute medizinische Versorgung verweigert. Die Verlegung in ein Krankenhaus erfolge oft sehr spät. Der durch den Gefangenenaustausch freigekommene kranke Rizq Rajoub, 57, war 22 Jahre in israelischer Haft. Er wurde zwei Wochen nach seiner Freilassung und zwei Tage nach einer OP wieder inhaftiert. Auch der langzeit-hungerstreikende kranke Samer al-Issawi wurde wieder verhaftet.



FOTO // HEINER SCHMITZ © 2011

WELTBANK

Die Weltbank macht in ihrem neuesten Bericht vom September 2014 israelische Restriktionen und den Nahostkonflikt für das Zurückbleiben der palästinensischen Wirtschaft verantwortlich. Sinkende Einkommen und steigende Arbeitslosigkeit seien zu beobachten. Instabilität, Militärherrschaft, Gewalt, politische Spaltung, fehlende Bewegungsfreiheit und fehlender Zugang zu Ressourcen und Märkten seien die Haupthindernisse. Auch die palästinensische Autonomiebehörde müsse mehr tun. Am wichtigsten sei nun eine gemeinsame Verwaltung von Gaza und Westbank.

ERNEUTER HUNGERSTREIK

Nach dem Tod von Raed Abdul-Salam Al-Jaabari im September im israelischen Eshel Gefängnis in Beersheba sind wieder Tausende von palästinensischen Gefangenen in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Sie bezweifeln die offizielle Version, der 35-jährige sei an den Folgen eines Suizidversuchs gestorben und fordern eine unabhängige Untersuchung. Al-Jaabari war Ende Juli festgenommen worden. Nach israelischen Angaben war er wegen Körperverletzung und Drohungen inhaftiert.

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Brasilien, Chile, Ecuador, El Salvador und Peru haben aufgrund der israelischen Militäroffensive in den Gazastreifen ihre Botschafter aus Israel zurückgezogen. Bolivien hat Israel zum Terroristenstaat erklärt und die Visumfreiheit für israelische Staatsbürger in Bolivien aufgehoben. Nur wenige Stunden nach dem tödlichen israelischen Beschuss einer UN-Schule in Gaza haben die USA Israel mit neuer Munition versorgt. Pentagonsprecher John Kirby sagte, es habe sich um eine »rein ministerielle Entscheidung« gehandelt, eine Billigung des Weißen Hauses sei nicht nötig gewesen. Wenig später ließ Präsident Obama eine Hellfire-Raketenlieferung an Israel nicht ausliefern.

ELBIT UND GAZA-KRIEG

Der israelische Rüstungskonzern Elbit Systems hat auch im Gazakrieg 2014 die israelische Armee mit Waffen beliefert. Elbits Drohne Skylark mini-UAV wurde zum ersten Mal zur Unterstützung der Bodentruppen eingesetzt und zum ersten Mal wurde die Kampfdrohne Hermes 900 (Kochav) in Gaza eingesetzt. Elbit verdient auch an der Mauer mit Überwachungstechnologie, z.B. der Entwicklung eines unbemannten bewaffneten Fahrzeugs, das die Pufferzone zwischen der Mauer patrouilliert. In Deutschland hat Elbit die Traditionsfirma Telefunken aufgekauft.

Deutsche und EU-Nahostpolitik



FÜNF EU-STAA TEN PROTESTIEREN GEGEN LANDE NTEIGNUNG

【 1 】 Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien und der stellvertretende Botschafter von Deutschland haben der Behörde von Ministerpräsident Netanyahu einen gemeinsamen offiziellen Protest gegen die Landenteignung in der Westbank vorgelegt. Sie betonten, dass die Erklärung Israels fast 4000 Dunum (über 400 Hektar) Land in Gush Etzion südlich von Jerusalem als Staatsland auszuweisen, die Länder der EU verärgert haben. Die Enteignung zielt vermutlich darauf, einen Anschluss zwischen der Grünen Linie und dem Gush Etzion-Siedlungsblock zu bilden.

MILITÄRHILFE

【 1 】 Die ThyssenKrupp Marine Systems GmbH (TKMS) hat das U-Boot „Tanin“, das bislang größte, das in Deutschland gebaut wurde, an die israelische Marine übergeben, wie der NDR berichtete. Weltweit gehen Experten davon aus, dass das U-Boot von Israel auch mit nuklear bestückten Marschflugkörpern ausgestattet werden könnte. Politiker verschiedener Parteien bemängeln, dass die Bundesregierung gut ein Drittel der Baukosten übernimmt – nicht nur für dieses U-Boot, sondern auch für zwei weitere Boote, die 2015 und 2017 an Israel ausgeliefert werden sollen.

Die enge militärische Zusammenarbeit mit Israel schließt auch Trainings der Bundeswehr im Häuser- und Tunnelkampf ein.

IRLANDS ANGEBOT

【 1 】 Irland hat angeboten, im Nahostkonflikt zu vermitteln, wie die Zeitung „Irish Examiner“ berichtete. Der irische Außenminister Charlie Flanagan verlangt von Israel, Gaza und seinen Hafen zu öffnen. Die Hamas müsse auf das Abfeuern von Raketen verzichten.

MEHR EU-LÄNDER WARNEN VOR GESCHÄFTEN MIT SIEDLUNGEN

【 1 】 Nach Großbritannien, Frankreich und Deutschland warnen auch die Regierungen von Österreich, Belgien, Kroatien, Dänemark, Finnland, Griechenland, Irland, Luxemburg, Malta, Portugal, Slowakei und Slovenien ihre Bürger vor Geschäften mit den völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen in der Westbank, Ostjerusalem und Golan. Andere EU-Staaten wie Zypern, Litauen, Estland, Bulgarien, Rumänien, Tschechien und Ungarn haben angekündigt, dieser Einschätzung nicht folgen zu wollen.

STEINMEIER PROTESTIERT

【 1 】 Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) hat die neuesten israelischen Siedlungspläne kritisiert. Steinmeier rief die Regierung in Jerusalem auf, die Entscheidung, 400 Hektar palästinensischen Landes im Westjordanland für den Siedlungsbau zu enteignen, rückgängig zu machen. „Der Beschluss – sollte er Bestand haben – wäre ein falsches Signal zur falschen Zeit“, sagte Steinmeier. Die Bundesregierung erwarte, dass die Entscheidung revidiert werde. Ähnlich harsch hatte sich zuvor schon die Regierung in London geäußert.

FRIEDLICHE KUNDGEBUNG

【 1 】 Das Innenministerium hat den harmlosen Verlauf einer Gaza-Kundgebung, zu der der nordrhein-westfälische Landesverband der Linkspartei gemeinsam mit der Linksjugend [solid] Mitte Juli in Essen aufgerufen hatte, im Innenausschuß des nordrhein-westfälischen Landtags bestätigt. Unter dem Tagesordnungspunkt »Antisemitische Ausschreitungen am 18.07.2014 in Essen« strafte das Innenministerium die innerparteilichen Gegner der NRW-Linken Lügen. Die Kundgebung der Linkspartei verlief friedlich und polizeiliche Schutzmaßnahmen für die Essener Synagoge waren aufgrund eines Hassaufrufs bei Facebook verstärkt worden und standen nicht – wie teilweise herbeigeredet – im Zusammenhang mit der Friedenskundgebung der Linkspartei.



DGB IN DER KRITIK

【 1 】 Der ehemalige DGB-Chef Michael Sommer geriet mit seiner Rede beim Israel-Kongress in Berlin am 10. November 2013 ins Kreuzfeuer der Kritik von internationalen Gewerkschaftern, jüdischen Linken und Intellektuellen. Der Dachverband der südafrikanischen Gewerkschaften COSATU warf ihm die Unterstützung rassistischer Kolonialpolitik vor. Der britische Filmregisseur Ken Loach meinte, Michael Sommer solle sich schämen. Der israelische Soziologe Moshe Zuckermann bezeichnet die Rede des DGB-Chefs als „verlogen“.

KRITIK VON BOTSCHAFTERIN DAIBES

【 1 】 Die palästinensische Botschafterin Dr. Khoulood Daibes hat angesichts der israelischen Militäroffensive das Schweigen vieler deutscher Politiker, Parteispitzen und Fraktionen inakzeptabel genannt und aufs Schärfste verurteilt. „Seine Stimme angesichts der eklatanten Völkerrechtsverletzungen Israels zu erheben ist keine Frage der Möglichkeiten, sondern des Selbstverständnisses. Verantwortliche Politiker finden keine Worte zu dem Unrecht, das dem palästinensischen Volk angetan worden ist. Wiederholte, bekräftigende Äußerungen zum Selbstverteidigungsrecht Israels gaben der israelischen Regierung grünes Licht für ihre Angriffe auf den Gaza-Streifen. Und während sich die Menschen für Humanität und Achtung der Menschenwürde einsetzten, griffen deutsche Medien dies auf und warnten vor dem aufkommenden Antisemitismus.“

EU-ASSOZIATIONSABKOMMEN AUSSETZEN

【 1 】 Die Bundestagsabgeordneten der Fraktion Die Linke, Annette Groth und Heike Hänsel, haben die Bundesregierung aufgefordert „jegliche Rüstungsexporte und jegliche Rüstungskäufe von Israel wie z. B. Drohnen, die auch in Gaza getestet werden, zu stoppen. Jede Art der Rüstungskooperation mit Israel muss sofort beendet werden, das gilt insbesondere auch für das EU-Forschungsprogramm, von dem israelische Rüstungsunternehmen unmittelbar profitieren. Ebenso muss die Bundesregierung die vom UN-Menschenrechtsrat geforderte internationale Untersuchungskommission über mögliche Kriegsverbrechen aktiv unterstützen.“ Die Bundesregierung soll sich innerhalb der Europäischen Union für die sofortige Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommen mit Israel einsetzen.

FÖRDERUNG VON JUGENDAUSTAUSCH

【 1 】 Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert den Jugendaustausch mit Palästina. Derzeit würden laut Auskunft des Ministeriums aber nur vereinzelt Begegnungen beantragt und bezuschusst. Dagegen werden im Rahmen des Kinder- und Jugendplans jährlich bis zu 280 Begegnungsmaßnahmen mit jungen Israelis (jüdischen, muslimischen und christlichen) gefördert. Ausgeschlossen von der Förderung sind israelische Organisationen in den besetzten Gebieten. Daneben gibt es die private Stiftung „Begegnung, Deutsch-Palästinensisches Jugendwerk“, die Schüleraustausch fördert.

BERLIN

Jürgen Sandler
berlin@dpg-netz.de

NORDRHEIN-WESTFALEN (SÜD)

Dr. Martin Breidert
nrw@dpg-netz.de

KÖLN UND UMGEBUNG

Petra Schöning
koeln@dpg-netz.de

DÜSSELDORF

William Hodali
duesseldorf@dpg-netz.de

HAMBURG UND UMGEBUNG

Dr. Dieter und Eva Lehmann
hamburg@dpg-netz.de

HANNOVER

Dr. Wilhelm Wortmann
hannover@dpg-netz.de

FRANKFURT/MAIN

Khalil Toama
frankfurt@dpg-netz.de

TRIER

Hazem Shehada
trier@dpg-netz.de

OLDENBURG/ OSTFRIESLAND

Isam Elkorhaly
oldenburg@dpg-netz.de

RUHRGEBIET

Dr. Yousef Ribhi
ruhrgebiet@dpg-netz.de

OSNABRÜCK UND UMGEBUNG

Nazih Musharbash
osnabrueck@dpg-netz.de

BREMEN

Dr. Detlef Griesche
bremen@dpg-netz.de

KASSEL

kassel@dpg-netz.de

SÜDBAYERN

Jörg Steinhart
suedbayern@dpg-netz.de

Aktivitäten

DPG VERURTEILTE ENTFÜHRUNG

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG) und die palästinensische Gemeinde Deutschland e.V. (PGD) haben die Ermordung von drei jungen israelischen Siedlern im besetzten Palästina verurteilt als „eine gleichermaßen abscheuliche wie erschreckende Tat.“

„Die Gruppe „Ansar Aldawla Al Islamiya fi Beit Almaqdis“, was so viel heißt wie: „Die Befürworter eines islamischen Staates im Heiligen Land“ habe die Verantwortung für die abscheuliche Tat übernommen. Es sei eine Gruppe, die den gerechten nationalen Bestrebungen des palästinensischen Volkes massiv widerspricht. „Es ist eine Gruppe, die genauso ein Feind des palästinensischen Volkes ist, wie die Besatzer und die Siedlerschwadronen. Wir verurteilen das Verbrechen der radikalen islamistischen Fundamentalisten auf das Schärfste und rufen alle friedliebenden Menschen in Palästina auf, diese Gruppe zu entlarven und zu bekämpfen.“

Trotz der abscheulichen Verbrechen der Besatzer gegen das palästinensische Volk und trotz des alltäglichen Unrechtes, das dem palästinensischen Volk durch die zionistische koloniale Besatzung widerfährt, müsse das palästinensische Volk seine Unterdrücker moralisch besiegen und ausschließlich legitimen Widerstand für Freiheit und Selbstbestimmung einsetzen.

JENAS OB NOMINIERT FÜR „WELTBÜRGERMEISTER“

Jenas Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter gehörte zu den weltweit 26 Finalisten für den alle zwei Jahre von der Londoner Stiftung The City Mayors Foundation veranstalteten „World Mayor“ Wettbewerb. Als Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetages hat Schröter Partnerschaften zwischen Hebron und Mannheim, Ramallah und Bonn mit angestoßen. Jena selbst pflegt seit 2011 eine Städtepartnerschaft mit Beit Jala und strebt zusammen mit der französischen Partnerstadt Aubervilliers eine Verbindung zu einer israelischen Stadt an.

BREMEN HILFT BEIM WIEDERAUFBAU

Die Bremer DPG-Regionalgruppe kooperiert mit der deutschen ICAHD-Gruppe. ICAHD (Israeli Committee Against House Demolitions) konnte bereits 187 palästinensische Häuser durch Spenden und Helfer aus aller Welt wieder aufbauen. In diesem Jahr kam es aufgrund des Gaza-Krieges nicht zu den geplanten Aktivitäten. Zwei Mitglieder der deutschen ICAHD-Gruppe, die über die DPG-Bremen mehrere tausend Euro eingesammelt hatten, informierten sich auf eigene Kosten vor Ort. Spenden für den Aufbau von z.B. Beit Arabiya in Anata (sechs Mal zerstört, zuletzt am 1.11.2012) werden weiterhin benötigt.

den für den Aufbau von z.B. Beit Arabiya in Anata (sechs Mal zerstört, zuletzt am 1.11.2012) werden weiterhin benötigt.

Konto der DPG-Bremen

Stichwort „Hauswiederaufbau-ICAHD“

Bremer Landesbank

BIC: BRLADE22XX

IBAN: DE4529050000101255400.

WELTKINDERTHEATERFEST

Eine Kindertheatergruppe des „Yes Theatre“ aus Hebron war mit dem Stück „Leben im Flüchtlingslager“ am 15. WeltkindertheaterFest in Lingen mit dabei. Auf einer parallel tagenden Konferenz gingen Theatermacher aus Ramallah, Betlehem, Jenin, Beit Jala und Hebron der Frage nach, wie die Kraft des Theaters bei der Bewältigung dieser Konflikte, die Kinder im besetzten Palästina erleben, bei der persönlichen und gesellschaftlichen Entwicklung hilfreich werden kann.

In einer Performance „Gathering for Gaza“ erinnerten die palästinensischen Teilnehmer an den grausamen Krieg im Gazastreifen. Der Palästinensische Deutsche Dialog hat ein Portal, www.masrah-theater.net. Weitere Informationen unter hoffmann@bag-online.de beim Arbeitskreis Kirche und Theater in der EKD.

FRIEDENSKUNDGEBUNG MIT DIG

In Osnabrück sprachen Vertreter der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft (DPG) und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) auf einer gemeinsamen Kundgebung gegen den Krieg in Gaza.

BDS UND MEDIAMARKT

Die Bonner BDS-Gruppe, Handala e.V. Marburg und die Arbeiterfotografie Köln haben den Verkauf von Siedlungsprodukten der Firma SodaStream vor einem Media-Markt in Bonn angeprangert. Dabei wurden sie von Security-Leuten angegriffen, die u.a. Kameras gewaltsam an sich reißen wollten. Die Geschäftsführung des Bonner Media-Markts, der zur Metro-Gruppe gehört, hat keine Anzeige gegen die Beteiligten gestellt.

WICHTIGER HINWEIS

27. FEBRUAR BIS 1. MÄRZ 2015,
GEORGSMARIENHÜTTE
BEI OSNABRÜCK

DPG-TAGUNG „ISRAEL, PALÄSTINA UND
DIE DEUTSCHE STAATSRÄSON“
www.haus-ohrbeck.de

Schwerpunkt: Einheit

Was ist die Hamas?

Was versteht man in deutschen Medien unter dem Begriff „die radikal-islamische“ Hamas? Radikal, aber in welchem Sinn? Islamisch: analog dem Islamischen Staat in Syrien und im Irak, der derzeit der Welt das Gruseln lehrt? Und was versteckt sich hinter dem Namen „Hamas“?

Beginnen wir mit dem Namen. Hamas steht für „Bewegung des Islamischen Widerstandes“ und heißt gleichzeitig aus dem Arabischen ins Deutsche übersetzt „Eifer“. Gegründet wurde die Organisation von palästinensischen Muslimbrüdern im Dezember 1987, zu Beginn der ersten palästinensischen Intifada, dem ersten Massenaufstand der Palästinenser gegen die israelische Besatzung. Sie sah sich als Alternative zu den nationalistischen Organisationen der PLO, angeführt von der Fatah. Ihr Nationalismus sollte ein dezidiert religiös fundierter und explizit religiös begründeter Nationalismus sein, im Unterschied zur Fatah, deren Nationalismus eher implizit religiös ist, und zu den säkular-linken Organisationen wie PFLP, Demokratische Front oder Kommunistische Partei. Es erscheint deshalb sinnvoll, die Hamas und ihre Mitglieder schlicht als religiöse Nationalisten zu verstehen. Denn ungeachtet der Kritik ihrer Gegner steht Palästina im Mittelpunkt ihres politischen Programms und es geht ihr zuerst und vor allem um Widerstand gegen die israelische Besatzung.

OSLO-KRITIKER

Als der palästinensische Nationalrat im November 1988 in Algier einen unabhängigen palästinensischen Staat in den von Israel 1967 besetzten Gebieten proklamierte und damit offiziell die Zweistaatenlösung zu seinem neuen Programm machte, gehörte die Hamas zu den entschiedensten Kritikern. In ihrer berühmt-berüchtigten Charta vom August 1988 lehnte sie jeden Kompromiss und jeden Verzicht auf Teile des historischen Palästina mit religiösen Argumenten ab. Im Unterschied zur Unabhängigkeitserklärung der PLO ziehen sich plumpe antisemitische Verschwörungstheorien, fast wörtlich den „Protokollen der Weisen von Zion“ entnommen, durch die Charta.

Interessant ist, dass der Widerstand der Hamas bis 1994 ausschließlich gegen die israelische Armee gerichtet war. Erst das in ihren Augen blasphemische Massaker in der Ibrahim-Moschee in Hebron im Februar 1994 führte dazu, dass sie das religiös begründete absolute Verbot von Angriffen gegen Zivilisten durchbrach. Zwischen 1994 und 1997 und in einer zweiten Periode zwischen 2001

und 2003 verübte die Hamas blutige Selbstmordattentate, die meist Zivilisten zu Opfern machten.

Immer wieder übersehen wird in der Presse, dass im Sommerkrieg Israels gegen den Gazastreifen die überwiegende Mehrheit der Kriegstoten auf der israelischen Seite Soldaten waren, die Gaza angriffen (66 tote Soldaten, nur 4 tote Zivilisten). Dies ist umso bemerkenswerter, als die Hamas zusammen mit allen Organisationen in Gaza immer wieder beschuldigt wurde, alle Juden in Israel vernichten zu wollen.

SPALTUNG

In ihrer politischen Programmatik hat die Hamas im Zeitraum von weniger als zwanzig Jahren grundlegende Veränderungen vorgenommen. Mit ihrer Teilnahme an den Parlamentswahlen im Januar 2006 akzeptierte sie, zumindest unausgesprochen, die Zweistaatenlösung, die die PLO unter Arafat knapp zwanzig Jahr zuvor zu ihrem politischen Ziel gemacht hatte. Im Wahlprogramm vom Dezember 2005/Januar 2006 war ausschließlich die Rede von einem Staatswesen in den 1967 besetzten Gebieten.

Der Wahlsieg der Hamas im Januar 2006 führte nicht, wie von der Hamas und von der Mehrzahl ihrer Wähler erwartet, zu einer demokratischen Transformation, wenn auch unter religiös-nationalistischen Vorzeichen, sondern zur tiefsten Krise in der Geschichte der palästinensischen Nationalbewegung. Der Boykott Israels und des Quartetts, angeführt von den USA und unter aktiver Teilnahme der EU, führte zur Spaltung der Nationalbewegung, zum unversöhnlichen Konflikt zwischen Fatah und Hamas und zur Vertiefung der geographischen Teilung. Diese war von Israel seit 1991 durchgesetzt worden. In den Jahren des Osloer Verhandlungsprozesses war sie, obwohl die Vertragstexte dies klar gefordert hatten, nie beendet worden. Seit 2007 aber waren es die palästinensischen politischen Kontrahenten, die die Teilung in einen von der Hamas beherrschten Gazastreifen und eine Westbank, in der die PA (die palästinensische Autorität) zumindest in den A- und B-Gebieten regierte, sanktionierten.

VERSÖHNUNG

Nach mehreren Anläufen der Aussöhnung in den vergangenen Jahren sollte es das Scheitern der Kerry-Initiative (Sommer 2013-Frühjahr 2014) sein, die zu neuen Verhandlungen zwischen Fatah und Hamas und schließlich zur Etablierung einer Regierung der nationalen Versöhnung führte. Seit Mai 2014 ist eine Regierung der Technokraten unter der Führung von Rami Hamdallah im Amt. Mahmud Abbas ist als Präsident in Gaza wie in der Westbank anerkannt.

Der Sommer-Krieg Israels gegen Gaza 2014 sollte nicht zuletzt als Versuch Israels interpretiert werden, jede palästinensische „Wiedervereinigung“ zu verhindern. Die Beschließung Israels aus dem Gazastreifen durch die Hamas, aber auch durch den Islamischen Jihad und eigentlich durch alle palästinensischen Organisationen, wiederum kann wohl am besten als der letzte palästinensische Versuch verstanden werden, das System Oslo zu durchbrechen. Dieser Versuch ist bis heute gescheitert. Erfolgreich wird er wohl nur sein, wenn sich alle Palästinenser, vom Süden Gazas bis in den Norden der Westbank, in einem zuerst und vor allem friedlichen Massenaufstand gegen das israelische Besatzungssystem erheben.

HELGA BAUMGARTEN

LESEN SIE DAZU

„KAMPF UM PALÄSTINA – WAS WOLLEN HAMAS UND FATAH?“, 224 SEITEN, KARTONIERT, ISBN 978-3-451-06543-9, 9,99 €



Helga Baumgarten lehrt Politikwissenschaft an der Universität Birzeit in der Westbank und lebt in Ost-Jerusalem. Sehr empfehlenswert ist ihr 2013 im Herder Verlag erschienenes Buch über Hamas und Fatah.

„Es ist unumgänglich, dass die bereits anerkannte Einheitsregierung ihre Regierungsgewalt über den Gazastreifen und die Handlungsfähigkeit in den gesamten besetzten Gebieten erhält.“

INTERVIEW MIT DEM GOUVERNEUR VON GAZA, ABDALLAH FRANGI, ÜBER DIE AUSSICHTEN DER PALÄSTINENSISCHEN EINHEIT.



Im besetzten Palästina haben viele aufgetatmet als die dortigen verantwortlichen Politikerinnen und Politiker nach den gescheiterten Friedensverhandlungen mit Israel einen Weg der nationalen Versöhnung ankündigten. Dazu gehört eine neue Regierung in Ramallah mit einem Kabinett aus parteilosen Fachleuten. Hamas und Islamischer Jihad streben die Mitgliedschaft in der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) an. In der Einheitspraxis gibt es aber noch heftige Hindernisse, insbesondere scheint die Hamas nicht bereit zu sein, auf ihre bisherige De-Facto-Regierung im Gazastreifen zu verzichten. Wird es gelingen, eine politische Einheit herzustellen? Das Palästina Journal befragte dazu den langjährigen ehemaligen Gesandten Palästinas in Deutschland und neuernannten Gouverneur für Gaza, Abdallah Frangi.

HERR FRANGI, WELCHE BEFUGNISSE HAT EIN VON PRÄSIDENT ABBAS ERNANNTER GOUVERNEUR FÜR GAZA?

Abdallah Frangi: Am 7. Juli 2014 hat mich Präsident Abbas zum Gouverneur von Gaza ernannt und auch vereidigt. Der Fokus meines Aufgabenbereichs liegt in der Intensivierung der Kontakte zwischen den palästinensischen Parteien, um die Einheitsregierung zu stabilisieren und den Aufbau einer funktionsfähigen Verwaltung mit sozialen und demokratischen Strukturen zu organisieren.

WAS SAGT HAMAS ZU DIESEM AMT? WERDEN SIE IN DER AMTSAUSÜBUNG BEHINDERT ODER GEFÖRDERT?

Als ich am 8. Juli in Gaza ankam, brach der Krieg aus. Alle Parteien, Hamas wie auch Fatah, waren mit anderen Problemen konfrontiert. So haben wir alles getan, um gemeinsam die Not der Bevölkerung zu lindern. Die gesamte Infrastruktur des Gazastreifens ist durch die israelischen Bombardierungen vollkommen zerstört. Ich kann daher meinen Aufgaben zum jetzigen Zeitpunkt nicht ge-

recht werden, also stellt sich die Frage nicht, ob Hamas mich in meiner Amtsausführung unterstützt oder behindert.

WAREN SIE AUCH AN DEN WAFFENSTILLSTANDSVERHANDLUNGEN UND DEN WEITEREN VERHANDLUNGEN NACH DEM GAZA-KRIEG IN ÄGYPTEN BETEILIGT?

Nein, das zählt nicht zu meinem Aufgabenbereich. Dem Verhandlungskomitee gehören alle palästinensischen Parteien an, zum

meinschaft von uns gefordert, und wir haben es umgesetzt. Hamas und Fatah haben sich gemeinsam auf eine Einheitsregierung festgelegt, die nur aus parteilosen Fachleuten besteht, um die Wahlen in der Westbank und im Gazastreifen vorzubereiten. Die USA und die Europäische Gemeinschaft haben das begrüßt, und ich hoffe, wir sind mit diesem Schritt unserem Ziel, einen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt zu gründen, einen Schritt näher gekommen.



Schulbeginn in Gaza, Herbst 2014.

ersten Mal auch Hamas und Jihad Islami. Allerdings hat Präsident Abbas die Verhandlungsmitglieder von Fatah belassen, da sie bereits in indirekte Verhandlungen involviert waren und auf einen großen Erfahrungsbezug zurückblicken können. Eine Änderung wäre in diesem Fall nicht sinnvoll.

WAS HAT DIE PLO BEWOGEN, HAMAS AN DER REGIERUNG ZU BETEILIGEN?

Um einen unabhängigen palästinensischen Staat aufbauen zu können, müssen wir mit einer Stimme reden. Das hat die Weltge-

HATTEN SIE KEINE ANGST, DASS DER WESTEN WIEDER GELDER SPERRT UND DIE REGIERUNG ZUM SCHEITERN BRINGT?

Nein, diese Bedenken hatte ich nicht. Besonders der Westen hat wiederholt gefordert, dass die Palästinenser mit einer Stimme sprechen müssen, damit ein Ansprechpartner für Verhandlungen vorhanden ist. Es ist daher notwendig und auch beabsichtigt, dass die Einheitsregierung demokratische Wahlen in den besetzten Gebieten vorbereitet.

AUF WEN KANN SICH DIE EINHEITSREGIERUNG IM IN- UND AUSLAND STÜTZEN?

Der letzte Gaza Krieg hat die Dringlichkeit, eine politische Lösung herbeizuführen, verdeutlicht. Die meisten Staaten der Welt unterstützen uns in dem Bestreben eine Zweistaatenlösung zu erreichen. Das will auch das palästinensische Volk. Wir wollen keine Kriege, keine Auseinandersetzungen. Was wir wollen, ist in Frieden, Freiheit und Würde unseren Staat Palästina neben dem Staat Israel zu gründen. Ich denke, es ist im Interesse der Weltgemeinschaft, dass dieser Konflikt endlich beigelegt wird. Daher bin ich fest überzeugt, dass uns nicht nur die arabischen Staaten, sondern auch die EU und die Vereinten Nationen unterstützen werden. Die jetzige Chance dürfen wir nicht verpassen. Denn die Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts ist die Grundvoraussetzung für einen gerechten und dauerhaften Frieden in der gesamten Region.

WELCHE ROLLE NIMMT DIE ÄGYPTISCHE REGIERUNG EIN? WIE SIND BEI IHR DIE WÜNSCHE DER MENSCHEN VON GAZA NACH ÖFFNUNG DER BLOCKADE, NACH FLUGHAFEN UND SEEHAFEN AUFGEHOBEN?

Der neugewählte ägyptische Präsident Al-Sisi agiert auf internationaler Ebene sehr besonnen, ausgewogen und macht seinen politischen Einfluss geltend. Aufgrund dieser Einflussnahme zählt Ägypten zu den wichtigsten regionalen Mächten und hat wieder eine Führungsrolle eingenommen. Hier ist hervorzuheben, dass es die Ägypter waren, die durch indirekte Verhandlungen zwi-

schen israelischen und palästinensischen Verhandlungsführern einen Waffenstillstand herbeigeführt haben. Dieser Einsatz ist für Präsident Al-Sisi als Erfolg zu werten und fand internationale Anerkennung.

Die eigentliche Blockade liegt in der Verantwortung der israelischen Regierung. Als Besatzungsmacht kontrolliert sie sechs Zugänge und hält diese meist geschlossen. Der ägyptische Grenzübergang Rafah hingegen war nie vollkommen blockiert. Die Öffnung war jedoch abhängig von der Sicherheitslage und daher reglementiert. Die ägyptische Regierung ist aber bereit, mit der palästinensischen Regierung über eine bilaterale Lösung zu verhandeln.

Außerdem unterstützt die ägyptische Regierung die palästinensische Einheitsregierung und unterstützt Präsident Abbas in dem Bestreben, einen Flug- und Seehafen zu errichten, um der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen mehr Freiheiten zu ermöglichen.

WIE STEHT ES UM DAS ÄGYPTISCHE ANGEBOT, ZUNÄCHST VON PRÄSIDENT MURSI UND NUN VON PRÄSIDENT AL-SISI, EINEN TEIL DES SINAI FÜR EINEN PALÄSTINENSERSTAAT ZUR VERFÜGUNG ZU STELLEN? GIBT ES PALÄSTINENSER, DIE DARIN EINE PERSPEKTIVE SEHEN?

Das Angebot, einen Palästinenserstaat auf einem Teil des Sinai zu errichten, kam vom damaligen ägyptischen Präsidenten Mursi. Al-Sisi hat dieses Angebot nie wiederholt, da das ägyptische Volk dies nie akzeptieren würde. Aber auch die Palästinensische Re-

gierung und die Palästinenser selbst lehnen diesen Vorschlag ab. Wir wollen unseren Staat in den Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt gründen. Dies ist allgemein bekannt und von der internationalen Gemeinschaft anerkannt.

WIE KANN ES GELINGEN, DIE PALÄSTINENSISCHE EINHEIT ZU ERHALTEN?

Erst einmal ist hervorzuheben, dass die Einheitsregierung aus Nicht-Parteimitgliedern besteht und ein Ende der Spaltung der Palästinenser bedeutet. Nun versuchen wir alle palästinensischen Parteien an einen Tisch zu bringen, die strittigen Punkte darzulegen und ergebnisorientiert Lösungen zu finden, die von allen palästinensischen Parteien mitgetragen werden. Dies ist eine Grundvoraussetzung, um Wahlen im Gazastreifen und im Westjordanland durchführen zu können. Es ist daher unumgänglich, dass die bereits anerkannte Einheitsregierung ihre Regierungsgewalt über den Gazastreifen und die Handlungsfähigkeit in den gesamten besetzten Gebieten erhält. Um dieses Ziel erreichen zu können, brauchen wir die Hilfe der internationalen Gemeinschaft, es darf nicht mehr nur bei Lippenbekenntnissen bleiben. Wir fordern dazu auf, die Bemühungen zu intensivieren, um eine Zweistaatenlösung in absehbarer Zeit herbeizuführen zu können. Der jetzige Waffenstillstand ist noch lange kein Frieden. Eine verpasste Chance kann den nächsten Krieg zur Folge haben.

Vielen Dank, Herr Frangi.

DIE FRAGEN STELLTE WILTRUD RÖSCH-METZLER.





85%
der Sperranlage
verläuft innerhalb
der Westbank

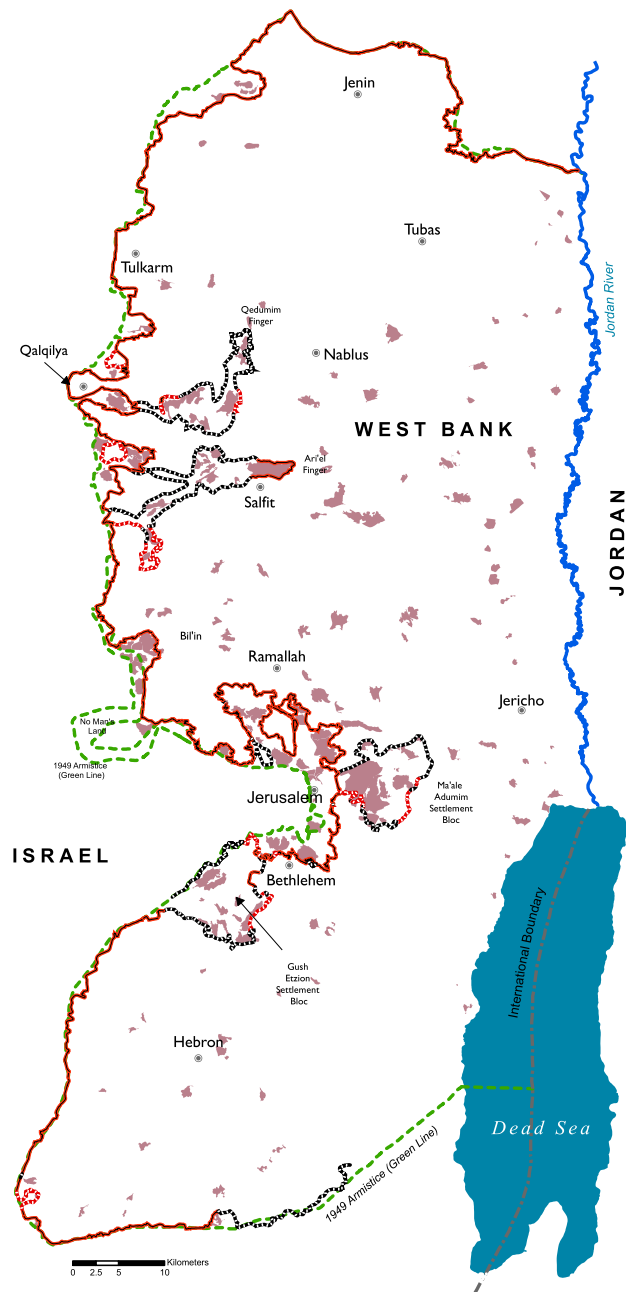
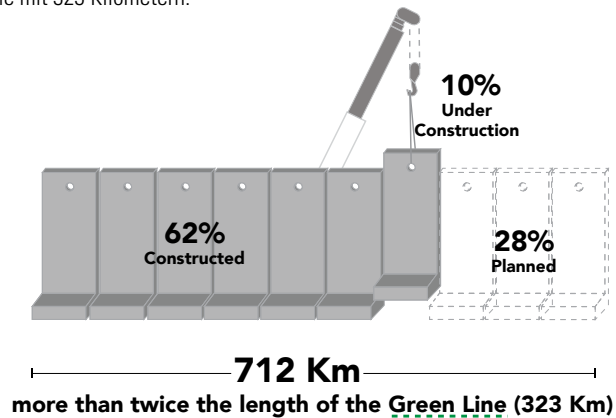


9,4%
der Westbank einschließlich
Ostjerusalem und das
niemandem zugewiesene
No Man's Land werden
durch die Mauer
isoliert.

65
von 150 israelischen
Siedlungen liegen auf der
„israelischen“ Seite
der Mauer.



150
palästinensische Gemeinden
haben Land, das zwischen
der Sperranlage und der
Grünen Linie liegt.



Kommentare

VERHANDLUNGEN: AUSFLUG AUF TREIBSAND

Im September 1993 war die Welt Zeugin eines Ereignisses, das ein Kapitel der Weltgeschichte in friedlichere Bahnen lenken sollte: Das historische Händeschütteln in Washington zwischen den Erzfeinden - Israels Ministerpräsidenten Rabin und PLO-Chef Arafat - sollte das Pulverfass, auf dem der Nahe Osten über 50 Jahren gelegen hat, entschärfen. Und dazu sollten innerhalb von fünf Jahren, so lautete der Vertrag, die Grenzen des Staates Palästina festgelegt werden und eine friedliche Koexistenz zwischen den beiden Nachbarn beginnen.

Doch es kam bekanntermaßen anders. Kaum verflieg die Euphorie, wurde deutlich, dass vielleicht das Pulverfass vorübergehend ausgeschaltet war, aber in Washington auch ein komplettes Minenfeld vor dem palästinensischen Volk auf dem Weg zur Selbstbestimmung ausgelegt wurde. Mehr noch, es wurde quasi eine Schnellstraße für die kolonialistische Siedlungspolitik der Israelis gebaut.

Während den Palästinensern in zahlreichen Folgeabkommen eine Abhängigkeit von der Besatzungsmacht und den Almosen aus den Geberländern aufoktroiert wurde, öffneten sich für Israel viele Türen. Dazu gehörten Wirtschaftsabkommen mit der EU und Waffenlieferungen ebenso wie Hilfskredite aus den USA, Teilnormalisierung zu den meisten arabischen Staaten und, und, und.

Verlierer und Gewinner des Abenteuers „Deeskalation“ standen schnell fest. Der Pseudofrieden war und ist für Israel ein lohnendes Geschäft. Für die Palästinenser war er und ist er immer noch ein Ausflug auf Treibsand – gefährlich und nicht berechenbar.

Das Scheitern des so genannten Osloer Friedensvertrages war programmiert. Die unterzeichneten Verträge enthielten eine vielleicht nicht auf den ersten Blick sichtbare, aber eine doch zu hörende tickende Zeitbombe. Und zwar eine hochexplosive und damit vernichtende. Warum? Die Verträge haben die zahlreichen Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates, die sich mit dem Konflikt beschäftigen, nicht berücksichtigt. Es wurde absichtlich und von beiden Seiten auf internationale Kontrollmechanismen zur Einhaltung der vereinbarten Schritte verzichtet – und so herrschte das Gesetz des Stärkeren. Die palästinensischen Gebiete wurden als „umstrittene Gebiete“ bezeichnet, wo doch das internationale Recht den Titel „besetzte Gebiete“ vorsieht. Diese Tatsache verlieh der israelischen kolonialistischen Siedlungspolitik einen enormen Schub.

Bilanzierend bleibt zu sagen, dass fast alles was in den Osloer Friedensverträgen in den vergangenen zwei Dekaden unternommen wurde, den Palästinensern diktiert wurde, nicht zum Frieden geführt hat, sondern zu mehr Spannung und Eskalation.

Israel und auch die Verbündeten in der westlichen Welt müssen wissen, dass sie nur zwei Wege in der Zukunft haben. Entweder, Israel annektiert die palästinensischen besetzten Gebiete und wartet bis sich ein Apartheidsystem in dem Land vervollständigt. Oder Israel akzeptiert die Teilung des historischen Landes Palästina in zwei Staaten.

Das ist die eine Seite - aber was braucht Palästina nun zu einem funktionierenden Frieden? Keine Zauberei, keine leeren Worte und vor allem keine doppelte Moral der westlichen Welt. Das Volk Palästinas braucht lediglich die Umsetzung des internationalen Rechts auf das eigene Land. Eigentlich ganz simpel, oder?

RAIF HUSSEIN

VORSITZENDER DER DEUTSCH-PALÄSTINENSISCHEN GESELLSCHAFT

DIE EINSEITIGE NAHOSTPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG

Wenn es um die Bewertung des Palästina-Konflikts geht, kann man sehr schnell eine Diskrepanz zwischen der öffentlichen Meinung in Deutschland und der Nahost-Politik der Bundesregierung feststellen. Die Bundesregierung sollte aber auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen und deren Willen berücksichtigen.

Beharrlich weigert sich die Bundesregierung den Staat Palästina anzuerkennen (ebenso lehnte sie die Mitgliedschaft der Palästinenser in der UNESCO ab), obwohl dieser Staat im Rahmen der Zwei-Staaten-Lösung von der UNO vorgesehen, von der EU verlangt und zudem nach einer Umfrage von 65 % der befragten Personen in Deutschland befürwortet wird. Dass die Bundesregierung anders handelt als die Mehrheit der Deutschen es erwartet, veranlasst zur Frage: Wer ist hier der Souverän?

Die Diskrepanz ist noch deutlicher bei der Frage nach der Hauptverantwortung für die Eskalation des letzten Gaza-Krieges. Der Konflikt zwischen Israel und der Palästinenser-Organisation Hamas ist in einem 50-tägigen Krieg im Gaza-Streifen eskaliert, bei dem es über 2.000 Tote gegeben hat. Aus Sicht einer Mehrheit der Bundesbürger (64 %) tragen sowohl Israel als auch die Palästinenser-Organisation Hamas gleichermaßen die Verantwortung für die kriegsartige Eskalation des Konflikts. Eine eindeutige Schuldzuweisung zu Lasten Israels nehmen 15 % vor, die alleinige Verantwortung bei den Palästinensern im Gaza-Streifen sehen 14% der Bevölkerung.

Und auch hier zieht die Bundesregierung eine andere Folgerung, übernimmt voreilig und ungeprüft die israelische Sprachregelung und macht ausschließlich Hamas dafür verantwortlich. In diesem Zusammenhang legitimiert sie sogar Israels Angriff als „Selbstverteidigung“.

Ebenso wie die deutsche Bevölkerung keine klare Schuldzuweisung vornimmt, lehnt die Mehrheit ein Engagement der Bundesrepublik für eine der beiden Seiten im Israel-Palästina-Konflikt ab. Immerhin plädieren nach einer Umfrage sieben von zehn Bürgern (69 %) dafür, dass sich Deutschland aus dem Konflikt heraushalten sollte. Einen entschlosseneren Einsatz für die Belange Israels fordern 6 %, während jeder Zehnte mehr Engagement zu Gunsten der Palästinenser erwartet (10 %). Und rund jeder Zehnte (9 %) äußert spontan, dass sich die Bundesregierung für beide Seiten einsetzen sollte.

Auch hier geht die Bundesregierung ihren eigenen Weg und erklärt das durch die Weigerung Israels andauernde Problem zur „Staatsräson“.

Als mündige Bürger fordern wir, dass die bedingungslose Loyalität zum Staat Israel überdacht wird. Gerade Deutschland als bester Freund Israels muss sich im Interesse Israels für einen Staat Palästina einsetzen.

NAZIH MUSHARBASH

STELLV. VORSITZENDER DER DEUTSCH-PALÄSTINENSISCHEN GESELLSCHAFT

Weltweite Solidarität

GADI ALGAZI



Israel

ANGRIFF AUF FRIEDHOF, JUNI 2014

[] Liebe Freunde, diese Mail würde ich gerne vermeiden. Während der letzten vier Jahre haben wir (www.tarabut.info) uns auf die Arbeit mit Beduinen, die israelische Bürger sind, konzentriert; sie sind die am meisten verarmte und diskriminierte Gruppe innerhalb Israels. Zusammen mit unseren Freunden aus dem Negev Coexistence Forum und den Rabbinern für Menschenrechte haben wir besonders eine Gemeinschaft im Negev unterstützt, nur wenige Meilen nördlich der Stadt Beer Sheva gelegen: Al-Arakib. Die Einwohner sind 1951–1952 vertrieben worden, manche konnten jedoch unweit der Ländereien ihrer Vorfahren bleiben und waren nach und nach in der Lage dorthin zurück zu kehren, da die israelischen landwirtschaftlichen Siedlungen das Interesse an diesen Ländereien verloren.

Im Jahr 2000 begannen aufeinanderfolgende israelische Regierungen mit Hilfe des Jüdischen Nationalfonds einen Zermürbungskrieg gegen die Beduinen. Ehemals als „gute Araber“ betrachtet, loyal und fügsam, wurden sie zum „Feind im Inneren“, die „zu viele Kinder“ zur Welt brächten, kriminalisiert und als „Eindringlinge“ in „Staatsland“ (das in aller Regel enteignetes Beduinenland ist) bezeichnet. Der Jüdische Nationalfonds wurde in diesen Kampagnen als Vorreiter benutzt, er pflanzte dürre Bäume auf Beduinenland, um einseitig Eigentumsansprüche zu markieren und ganze Bereiche für Beduinen-Landwirtschaft unbrauchbar zu machen.

In Al-Arakib begann ein Zermürbungskrieg: Besprühung mit Herbiziden aus der Luft mit langfristigen Gesundheitsschäden für die Menschen (2002–2003), Zerstörung ihrer Ernten, wiederholte Hauszerstörungen, etc. Im Juli 2010 wurde das ganze Dorf zerstört, etwa 350–400 Menschen verloren ihre Wohnungen; einige wenige blieben und mussten Zuflucht im muslimischen Friedhofsareal suchen.

Dank seines hartnäckigen Widerstands wurde Al-Arakib zum ersten Fall, in dem Beduinen einen ernst zu nehmenden Rechtsstreit über ihre Landrechte ausgefochten haben. Dies mag einer der Gründe sein, weswegen die staatlichen Behörden jüngst in eine neue Phase ihres Versuchs eintraten, das Dorf auszulöschen und Familien in die nahe

gelegene Beduinen Township Rahat zu treiben. Eine andere, vielleicht noch gewichtigere Überlegung ist, dass Israel ein massives Siedlungsprojekt für die Wüste Negev, ausrief. Seine jüngste Inkarnation als „Prager Plan“ verlangte die Vertreibung von 30.000–40.000 Beduinen im Negev und die Zwangslösung für deren Landrechte. Der Plan musste 2013 aufgrund massiver Proteste widerrufen werden. Die Politik des Staates in Bezug auf die Beduinen änderte sich erneut, diesmal von einem massiven Projekt zu einem tag-täglichen Zermürbungskrieg. In diesem Krieg bleibt Al-Arakib ein Hauptziel.

Damit bin ich bei den Ereignissen der letzten Woche angelangt. Während der vergangenen drei Jahre seit den gewaltsamen Angriffen der ersten Monate des Jahres 2011, haben die verbliebenen Familien mit ihren kleinen Kindern im Areal des Friedhofs ihre Lager aufgeschlagen. Seit Mai 2014 vermehrten sich die Anzeichen, dass die Behörden drauf und dran sind, eine rote Linie zu überschreiten, die Familien innerhalb des Friedhofsgeländes anzugreifen und ihre improvisierten Wohnungen zu zerstören. Die Räumungsbefehle für die Wohnungen im Friedhofsgelände waren zwar nichtig; sie bezogen sich auf andere Hütten, die in der Vergangenheit zerstört worden waren. Aber trotzdem: Die Richter zögerten, Landkarten zu erörtern, dem Druck des Staates zu widerstehen, und einer von ihnen, ein Siedler, zeigte sich übereifrig und autorisierte die völlige Zerstörung von Hütten im Gelände in Abwesenheit des Anwalts der Bewohner (12. Juni 2014). Innerhalb von Minuten kamen Polizei, polizeiliche Sondereinheiten, Bulldozer und Lastwagen in das Friedhofsgelände.

Die Bewohner wurden in die Moschee getrieben und eingekesselt. Unter ihnen eine junge Mutter mit ihrem 40 Tage alten Baby, eine andere mit einem acht Monate alten Kleinkind und mehrere sehr alte Frauen und Männer. Wir – etwa 20 Aktivisten – waren bei ihnen. Ich kann die Ereignisse hier zwar zusammenfassen, bin aber immer noch zu erschüttert.

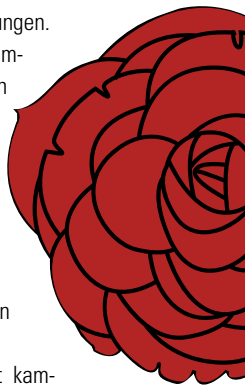
Die Bewohner sahen zu wie alles, was sie in den Jahren des Kampfes aufbauen konnten, zermalmt wurde. Einige Wohnungen wurden angezündet. Wassercontainer wurden entleert, dann

konfisziert. Als schließlich ein Richter eine gerichtliche Verfügung, die Zerstörung zu verschieben, beibrachte, waren 95% der Gebäude bereits zerstört. Am späten Nachmittag wurde uns, die wir von allen Seiten in der Moschee – eher ein zur Seite offener Unterstand mit einem kleinen Minarett – umzingelt waren, klar, dass angesichts des hohen Einsatzes an Ressourcen in diese Operation, als koordinierter militärischer Angriff mit großer administrativer Unterstützung durchgeführt, dieser Tag wohl kaum zu Ende gehen würde ohne Gewaltanwendung und Inhaftierungen. Sondereinheiten drangen in die improvisierte Moschee ein, räumten sie mit Gewalt, zerstörten das Minarett und verhafteten sieben Menschen – fünf Einwohner von Al-Arakib, darunter zwei Minderjährige, und zwei jüdische Aktivisten, ein jüngerer aus Tel Aviv und Rabbi Arik Aschermann von den „Rabbinern für Menschenrechte“.

Danach haben Menschen dort kampiert. Am folgenden Tag, Freitag 13. Juni, wurden zwei junge Leute von der polizeilichen Sondereinheit gekidnappt (ich habe kein anderes Wort dafür) und in Haft gesetzt wegen „Übertretung“, das heißt weil sie dort waren. Am Sonntagmorgen wurden alle improvisierten Hütten noch einmal zerstört und alle Wasserbehälter, die seit Freitag dorthin gebracht worden waren, konfisziert. Unsere Aktivisten waren dort, aber über Solidarität und bloße Anwesenheit in den schlimmsten Momenten hinaus, können wir sehr wenig materielle Unterstützung bieten. Es sei denn wir fänden Richter, die wirklich zuhören wollen.

Dies ist eine schwierige Zeit nicht nur für Al-Arakib. Ich sollte aber nicht in diesem Ton schließen. Die Geschichte von Al-Arakib ist auch eine Geschichte von Mut, von täglichem Opfer, von Frauen, die die Last dieses Kampfes über die Jahre hin tragen. Es ist unglaublich, dass es ausgerechnet die Beduinen sind, die einen solchen Kampf angesichts der überlegenen Kräfte eingegangen sind.

GADI ALGAZI, TEL AVIV, 12. JUNI 2014
Weitere Berichte unter: www.tarabut.info



Deutschland**APPELL AN PAPST FRANZISKUS**

【 】 Der Deutsche Koordinationskreis Palästina Israel (KoPI), ein Zusammenschluss von 40 Organisationen darunter pax christi, IPPNW, Versöhnungsbund, Jüdische Stimme, DPG und Palästinenensische Gemeinde, hatte Papst Franziskus um Vermittlung im Gaza-Krieg gebeten. In einem Brief an den Papst vom 16. Juli heißt es: „In unserer Not appellieren wir an Sie, Heiliger Vater, zusammen mit dem Großmufti und dem Oberrabbiner zu vermitteln, um die Blockade des Gazastreifens zu beenden und so die gegenseitigen Angriffe in diesem asymmetrischen Konflikt zu stoppen.“

Am 18. Juli hatte Papst Franziskus, nach Angaben des Vatikans, mit Präsident Shimon Peres und Präsident Mahmoud Abbas, mit denen er sich bereits an Pfingsten in Rom zu einem gemeinsamen Friedensgebet getroffen hatte, telefoniert.

BRIEF AN ISRAELISCHEN BOTSCHAFTER

【 】 In einem Brief an den israelischen Botschafter Yakov Hadas Handelsman schloss sich KoPI den Forderungen von 725 israelischen Bürgern an die EU an: Rückzug der israelischen Truppen aus Gaza, Freilassung aller Gefangenen, die nach dem Mord an den drei israelischen Jugendlichen ohne konkreten Tatvorwurf verhaftet wurden, Aufhebung der Blockade und Öffnung der Grenzübergänge nach Gaza für Waren und Menschen, Internationalisierung des Rafah-Übergangs nach Ägypten, Errichtung eines Hafens und Flughafens für Gaza unter UN-Aufsicht, Ausweitung der Fischereizone vor Gaza auf zehn Kilometer, Grenzsicherung für Gaza durch eine internationale Schutztruppe, Wiederherstellung einer Industriezone und Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung in Gaza, Schluss mit der Einmischung in die Bildung einer palästinensischen Einheitsregierung, Ein erleichtertes Genehmigungsverfahren für die Gläubigen, um in der Al Aksa-Moschee in Jerusalem zu beten.

ZEHN JAHRE IGH-MAUERGUTACHTEN

【 】 Welche Rolle den Vereinten Nationen (UN) und insbesondere Drittstaaten bei der Durchsetzung des humanitären Völkerrechts zukommt, war die zentrale Frage einer Tagung, die von Misereor und Brot für die Welt in Kooperation mit dem Potsdamer Menschenrechtszentrum im Juli in Berlin veranstaltet wurde. Anlass hierfür gab der 10. Jahrestag des sogenannten Mauergutachtens des Internationalen Gerichtshofs (IGH) aus dem Jahr 2004. Der IGH stellt darin fest, dass der israelische Bau einer Mauer in besetztem palästinensischem Gebiet und das damit einhergehende System gegen das Völkerrecht verstoßen und dass Israel folglich dazu verpflichtet sei, den Bau der

Mauer zu beenden. Der Bau der Sperranlage sowie die ebenfalls völkerrechtswidrige Errichtung von Siedlungen auf besetztem Gebiet werden jedoch bis heute weiter vorangetrieben. Es wurde ferner festgestellt, dass die UN bisher vergleichsweise wenig unternommen haben, um die aus dem Mauerbau resultierende rechtswidrige Situation zu beenden. Die Aufgaben der UN-Behörde UNRoD beschränken sich auf die Registrierung der durch den Mauerbau in besetztem Gebiet verursachten Schäden; über Kompensationszahlungen entscheidet sie nicht. Leicht kontrovers wurde in diesem Zusammenhang diskutiert, ob der Internationale Strafgerichtshof sich mit der Situation befassen könnte.

HILFE FÜR MAUER UND SIEDLUNGSBAU BEENDEN

【 】 pax christi hat die Bundesregierung aufgefordert, alle Maßnahmen einzustellen, die mithilfe Mauer und Siedlungsbau im besetzten Palästina aufrecht zu erhalten. Darüber hinaus appellierte pax christi an Unternehmen, Kirchen und Verbraucher/innen anlässlich des zehnten Jahrestages des „Mauer-Gutachtens“ des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag (IGH), Mauerbau und Siedlungen nicht länger zu unterstützen.

Angesichts der völkerrechtswidrigen Situation fordert die Friedensorganisation von der Bundesregierung: Die Zusammenarbeit mit israelischen Institutionen, die in Siedlungen tätig sind und mit Firmen, die von Mauer und Siedlungen profitieren, zu beenden, um Rechtspflichten gemäß Internationalem Recht nachzukommen, sich stärker für Menschenrechte in Israel und Palästina einzusetzen angesichts von extralegalen Tötungen, von mehreren tausend palästinensischen politischen Gefangenen, darunter über hundert Kinder und Jugendliche, von willkürlichen Verhaftungen ohne Anklage, von Gewaltakten mit Toten und Hunderten von Verletzten, von Hauszerstörungen im Westjordanland und in Ostjerusalem, für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger/innen, die gewaltlosen Widerstand gegen Mauer und Siedlungen leisten, einzutreten sowie Rüstungsexporte nach Israel einzustellen, um die Besatzung nicht zu unterstützen.

Von den Kirchen fordert pax christi, den: Hilferuf der Christinnen und Christen in Palästina, wie er im Kairos-Palästina-Dokument zum Ausdruck kommt, aufzunehmen und geschäftliche Beziehungen zu Unternehmen und Banken zu beenden, die von der Besatzung profitieren.

PROTEST GEGEN JNF-AUSSTELLUNG

【 】 In einem Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, Dr. Eckart Würzner, haben die Heidelberger Palästina/Nahost-Initiative und der Palmyra Verlag mit Nahostarchiv Heidelberg gegen die Ausstellung „Die Geschichte eines grünen Israels“ protestiert. Die Ausstellung über den Jüdischen Nationalfonds vermittele in keiner Weise, wie viel Unrecht dem palästinensischen Volk angetan wurde und fortwährend angetan wird. Auch heute noch sei der JNF involviert in die andauernden Zwangsumsiedlungen von Beduinen im Negev, einem Wüstengebiet im Süden Israels.

KEINE U-BOOTE FÜR ISRAEL

【 】 Im Rahmen der Kampagne „Atomwaffen – ein Bombengeschäft“ protestierte die ärztliche Friedensorganisation IPPNW mit anderen Friedens- und Umweltgruppen gegen die Finanzierung von Atomwaffensystemen durch deutsche Finanzinstitute. Dazu gehören auch deutsche U-Boote der Dolphin-Klasse. Die Konstruktion der U-Boote erfolgte gemäß israelischen Design-Spezifikationen: Es werden israelische Kommando-, Kontroll-, und Kampfsysteme eingebaut. Commerzbank, Deutsche Bank, Sparkasse-Finanzgruppe und BayernLB haben 2013 Unternehmensanleihen an ThyssenKrupp ausgegeben. Bei einer Aktionswoche wurde vor Filialen der Commerzbank und anderen Finanzinstituten protestiert.

AI WEIWEI SOLIDARISIERT SICH MIT GAZA

【 】 180 Künstler, unter ihnen Ai Weiwei, Jimmie Durham, Kerstin Brätsch, Mona Hatoum, Richard Deacon, Shannon Bool, Thomas Bayrle, Wilhelm Sasnal und Yael Bartana haben für die Benefizauktion „Closer to Gaza“ eigene Werke gestiftet. Mit der Benefizauktion verliehen die Künstler ihrer Unterstützung für die Menschen in Gaza und gegen die fortwährende Besatzung der Palästinensergebiete Ausdruck. Die Einnahmen kamen medico-Partnern zugute.

Großbritannien

GEWERKSCHAFT FÜR BDS

Die größte britische Gewerkschaft UNITE hat gegen den ausdrücklichen Wunsch der Labour Party zum Boykott Israels aufgerufen und zur aktiven Unterstützung von BDS (Boykott, Investitionsstopp und Sanktionen). In der verabschiedeten Erklärung tritt die Gewerkschaft für ein freies und unabhängiges Palästina ein. Zusammen mit anderen Organisationen sollen Siedlungsprodukte boykottiert werden und Firmen, die von Mauer und Siedlungsbau profitieren, anprangert werden. Die Gewerkschaft wurde auch aufgefordert, weltweit BDS in die Gewerkschaftsarbeit einzubringen.

Irland

REGIERUNG SOLL SANKTIONEN BESCHLIESSEN

Ein Ende der Besatzung sei möglich, erklärt die irisch-palästinensische Solidaritätskampagne. Die irische Regierung müsse dazu Sanktionen gegenüber der israelischen Regierung wie ein Waffenembargo und Handelssanktionen erlassen, heißt es im 29-seitigen Argumentationspapier der Kampagne.

www.ipsc.ie



Während des Gaza-Kriegs haben israelische Friedensgruppen aus Protest gegen den Krieg Busse zum Grenzübergang Erez nach Gaza gechartert und humanitäre Hilfe geleistet.

Israel

ISRAELS BEFEHLSVERWEIGERER

43 israelische Reservisten der Sondereinheit 8200 des militärischen Geheimdienstes haben an Ministerpräsident Netanyahu und an die Armeeführung geschrieben, dass sie die nächsten Einsätze verweigern: „Wir weigern uns, ein Werkzeug zu sein, das die militärische Kontrolle der besetzten Gebiete vertieft“. Die Einheit 8200 sammelt Daten, um Palästinenser unter Druck zu setzen, um dann Kollaborateure zu rekrutieren. Die gesammelten Daten reichen von Ehebruch, sexuellen Orientierungen bis zu dringenden medizinischen Behandlungen.

Japan

FRIEDENSGBETE IN HIROSHIMA

Während des Gaza-Kriegs haben japanische Friedensorganisationen Mahnwachen in Hiroshima gegen den Krieg in Gaza organisiert.

www.artistsagainst.seesaa.net



International

AUFRUF ZUM MILITÄREMBARGO

Die Nobelpreisträgerinnen Erzbischof Desmond Tutu, Adolfo Peres Esquivel, Jody Williams, Mairead Maguire, Rigoberta Menchú und Betty Williams haben einen offenen Brief an die UNO und an Regierungen in aller Welt verfasst, um ein Militärembargo über Israel zu verhängen. Andere Unterzeichnerinnen sind Noam Chomsky, Roger Waters von Pink Floyd, die Dramatikerin Caryl Churchill, der US-Rapper Boots Riley, João Antonio Felício, der Präsident der Internationalen Gewerkschaftsföderation und Zwelinzima Vavi, der Generalsekretär der Konföderation der Südafrikanischen Gewerkschaften (COSATU).

„Wir fordern die UNO und Regierungen in aller Welt auf, sofort Schritte zu ergreifen, um ein umfassendes und rechtlich bindendes Militärembargo über Israel zu verhängen – ähnlich dem über Südafrika während der Apartheid verhängten.“ Die EU habe Waffen im Wert von Milliarden von Euros an Israel geliefert und Unternehmen und Universitäten mit Forschungsgeldern ausgestattet. Israel sei einer der führenden Produzenten von Kampfdrohnen. Israels militärische Technologie, die entwickelt wurde, um Jahrzehnte der Unterdrückung zu erhalten, werde als „praxiserprobt“ vermarktet und in die ganze Welt exportiert.

„Indem sie Waffen aus Israel importieren, dorthin exportieren und die Entwicklung israelischer Militärtechnologie erleichtern, senden die betreffenden Regierungen eine klare Botschaft der Unterstützung der israelischen Militäraggression, unter Einschluss der damit verbundenen Kriegsverbrechen und möglicherweise damit auch verbundenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“

Der Aufruf kann unterzeichnet werden unter: <http://www.bdsmovement.net/stoparmingisrael>

NEUE GAZA-SOLIDARITÄTSFLOTTE

Erneut soll eine internationale Schiffsflotte die israelische Seeblockade des Gazastreifens durchbrechen. Die Schiffe sollen Hilfsgüter transportieren, sagte der schwedisch-israelische Aktivist Dror Feiler in Istanbul. Im Vordergrund stehe aber die Botschaft an die Menschen in Gaza, dass sie nicht alleine seien. An den Planungen ist die türkische islamische Hilfsorganisation IHH beteiligt, die bereits 2010 eine solche Solidaritätsaktion mitorganisiert hatte. Damals hatten israelische Soldaten das türkische Schiff »Mavi Marmara« gestürmt und neun türkische Staatsbürger getötet. Neben europäischen Unterstützergruppen sind auch Organisationen aus Malaysia, Südafrika und Jordanien am neuen Bündnis beteiligt.

www.Freegaza.org

RUSSELL TRIBUNAL ZU GAZA

Das Russell Tribunal zu Palästina hat Ende September in Brüssel eine Dringlichkeitssitzung zu Gaza abgehalten. Die Jury aus zwölf weltbekannten Juristen und anderen Persönlichkeiten hörte Berichte von etwa 15 Zeugen (u.a. Journalisten, Ärzte, Fachjuristen). Sie waren, wie Ken Loach von der Jury sagte, „erschreckend und erschütternd. Wissen ist Verantwortung. Es ist an uns einzugreifen.“ Schilderungen von miterlebten Situation sprachen von absolutem Mangel für die Menschen: kein Wasser (weder zum Trinken, noch zum Kochen, noch für die sanitären Anlagen), kein Strom an 20 Stunden pro Tag, kein Geld für geleistete Arbeit, keine Wohnung, kein Schutz im heranziehenden Winter. Kronanwalt Michael Mansfield erklärte, die Zeugenaussagen wiesen ein zu Grunde liegendes genozidales Narrativ auf und charakterisierten die Angriffe als rassistische Übung. Die Jury sei besorgt, dass die Situation in einen wahren Genozid übergehen könne.

Dokument sowie Videos unter:

<http://www.russelltribunalonpalestine.com/en/>

AVAAZ-PETITION

„Unsere Regierungen haben versagt – trotz Friedensverhandlungen und UN-Resolutionen haben sie, wie viele Unternehmen auch, die Gewalt weiterhin durch Handel und Investitionen geschürt“, schreibt Avaaz und fordert sechs Banken, Rentenfonds und Unternehmen (ABP, HP, Veolia, Barclays, Caterpillar und G4S) auf, ihre Investitionen zurückzuziehen.

https://secure.avaaz.org/de/israel_palestine_this_is_how_it_ends_loc

ERKLÄRUNG ALTERNATIVER NOBELPREISTRÄGER

46 Träger des Right Livelihood Award, „Alternativer Nobelpreis“, haben die Tötung hunderter Kinder und unschuldiger Zivilisten in Gaza durch die israelischen Verteidigungskräfte und das wahllose Abfeuern von Raketen durch die Hamas gegen

israelische Zivilisten verurteilt. Allerdings liege die Verantwortung für diese Tode nicht allein bei den israelischen Soldaten, den Hamas-Kämpfern und deren Regierungen. Auch andere Regierungen seien entweder direkt oder indirekt verantwortlich, sei es durch Waffenhandel, militärischen Rat und Schweigen. Die Preisträgerinnen würdigten die Arbeit ihres Kollegen Raji Sourani (RLA 2013, Palästina) und seiner Kollegen vom Palestinian Centre for Human Rights in Gaza, der Friedensorganisation Gush Shalom (RLA 2001) und den Physicians For Human Rights-Israel (RLA 2010).

Kanada

ISRAELISCHES SCHIFF BLOCKIERT

【 】 Vier Tage lang haben Gewerkschafter und Menschenrechtler in Vancouver ein israelisches Containerschiff der Firma Zim am Ent- und Beladen gehindert aus Protest gegen die Gaza-Blockade und den Gaza-Krieg. Das Schiff wartete dann einige Tage auf dem Ozean, bis es an der amerikanischen Seite von Vancouver anlegte. Dort konnte der Frachter jedoch nicht entladen werden und musste unverrichteter Dinge wieder aufs Meer hinaus fahren. Zuvor war an der US-Westküste in Oakland bereits ein kleineres israelisches Schiff mehrere Tage blockiert worden.

Österreich

WAFFENEMBARGO GEFORDERT

【 】 Die Wiener Organisation „Frauen in Schwarz“ die mit regelmäßigen Mahnwachen für ein Ende der Besetzung Palästinas demonstriert, verlangt ein Waffenembargo. Die rechte israelische Regierung werde kein Palästina zulassen. Die Bürger aller Länder müssten deshalb größtmöglichen Druck auf Israel ausüben inklusive Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen beginnend mit einem sofortigen Embargo auf alle Waffenlieferungen.

„VIER PFOTEN“ KÜMMERT SICH UM ZOO

【 】 Nach dem Waffenstillstand im Gaza-Konflikt kümmern sich Vier-Pfoten-Mitarbeiter um die Tiere eines Zoos in Nord-Gaza. Das teilte die Tierschutzorganisation in Österreich mit. Der Tiergarten sei bei Luftangriffen schwer beschädigt worden, mehr als 80 Tiere starben, hieß es. Drei Löwen haben überlebt. Einem Nothilfe-Team gelang es mit lokalen Helfern, Medikamente und Futter in den Zoo zu bringen.

Spanien

EMPÖRT ÜBER GENOZID

【 】 Zahlreiche spanische Künstler und Schauspieler, unter ihnen Penélope Cruz und Pedro Almodóvar, haben eine »Erklärung der Kultur gegen

den palästinensischen Genozid« unterzeichnet. In dieser heißt es: „Auslöser der Gewalt ist die israelische Besatzung. Israel rückt weiter auf Territorien der Palästinenser vor, statt an den Grenzen von 1967 zu bleiben“. Die Regierung Spaniens und die EU werden aufgerufen, sich stärker zu engagieren. Die Unterzeichnenden fordern, die Blockade aufzuheben, die Grenzübergänge zu öffnen und Entschädigung der Zivilbevölkerung von Gaza für die durch die israelischen Angriffe verursachten physischen, moralischen und psychischen Schäden. Die Unterzeichner lehnen Gewalt ab.

Schweiz

PLAKATE IM BAHNHOF

【 】 Die Aktion Palästina-Solidarität hat erneut israelkritische Plakate im Zürcher Hauptbahnhof mit Aussagen zum Israel-Palästina-Konflikt aufhängen lassen. Der Text: «66 Jahre Israel = 66 Jahre Landraub an den Palästinensern» und «66 Jahre Israel = 66 Jahre Unrecht an den Palästinensern – wie lange noch sehen wir weg?»

MEDIENKRITIK

【 】 Die Gesellschaft Schweiz-Palästina GSP hat die westlichen Leitmedien (z.B. BBC, NZZ, etc.) scharf kritisiert. Sie würden die israelische Propaganda beinahe als bare Münze übernehmen und Hamas als Aggressor brandmarken. „Auf diese Weise beteiligen sie sich aktiv an der Fortsetzung der israelischen Aggression.“ Die GSP unterstützt den Beitritt Palästinas zum Internationalen Strafgerichtshof und fordert die Schweiz auf, keine Drohnen zu kaufen und israelische Regierungsvertreter nicht mehr zu empfangen.

Südafrika

TUTU AN ISRAELIS

【 】 Erzbischof Emeritus Desmond Tutu hat in einem exklusiven Artikel für Haaretz zu einem globalen Boykott Israels aufgerufen und Israelis und Palästinenser gedrängt, jenseits ihrer Staatsführer nach einer nachhaltigen Lösung der Krise im Heiligen Land zu suchen.

„Ab einem gewissen Zeitpunkt – dem Wendepunkt – realisierte die damalige Regierung, dass die Kosten für die Aufrechterhaltung der Apartheid den Nutzen eindeutig überstiegen. Der Rückzug verantwortungsbewusster multinationaler Konzerne aus dem Handel mit Südafrika in den 1980ern war schließlich einer der entscheidenden Hebel, der den Apartheidstaat – ohne Blutvergießen – in die Knie zwang.

Der Grund dafür, dass dieses Instrumentarium – Boykott, Sanktionen und Kapitalabzug – sich letztendlich als effektiv erwiesen hat, war, dass es eine kritische Masse an Unterstützung erhielt, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes.

Die Art von Unterstützung, die wir in den vergangenen Wochen auf der ganzen Welt in Bezug auf Palästina beobachtet haben.

Mein Appell an die Menschen in Israel ist es, über den Augenblick hinauszuschauen, über die Wut der andauernden Belagerung hinauszuschauen, und vielmehr eine Welt zu sehen, in der Israel und Palästina koexistieren können – eine Welt, in der gegenseitige Würde und Respekt herrschen.

Es erfordert ein Umdenken. Ein Umdenken mit der Erkenntnis, dass jeder Versuch, den gegenwärtigen Status quo aufrechtzuerhalten, künftige Generationen zu Gewalt und Angst verdammt. Ein Umdenken, das damit bricht, legitime Kritik an der Politik eines Staates als Angriff auf das Judentum zu verstehen.

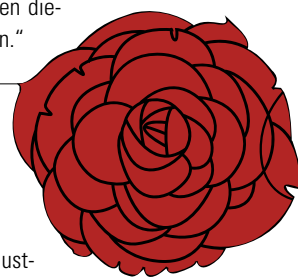
Am Ende setzt sich das Gute durch. Das Streben danach, die Menschen in Palästina von der Demütigung und Verfolgung durch die Politik Israels zu befreien, ist ein gerechtes Anliegen. Die Menschen in Israel sollten dieses Anliegen unterstützen.“

USA

PROTEST VON HOLOCAUST-ÜBERLEBENDEN

【 】 Hunderte Holocaust-Überlebende haben einen Brief unterzeichnet, der als Anzeige in der New York Times erschien und „das Massaker an Palästinensern in Gaza“ verurteilt und zu einem kompletten Boykott Israels aufruft. Ferner klagten sie die Vereinigten Staaten an, Israel mit den Mitteln auszustatten, diesen Angriff zu führen sowie die westlichen Staaten, ihre diplomatischen Muskeln nur dafür spielen zu lassen, Israel vor Verurteilung zu schützen. Völkermord beginne mit dem Schweigen der Welt dazu. Weiter heißt es in dem Brief: „Wir sind alarmiert durch die extreme rassistische Missachtung der Menschenwürde von Palästinensern in der israelischen Gesellschaft, die sich auf einen Siedepunkt zubewegt. In Israel haben Politiker und sog. Fachleute offen zum Völkermord an den Palästinensern aufgerufen und Israelis vom rechten Flügel greifen Nazi-Symbole auf.“

Die Unterzeichnenden wehrten sich auch gegen einen Missbrauch von Geschichte: „Wir sind empört und entrüstet über den Missbrauch unserer Geschichte in diesem Blatt, um das nicht zu Rechtfertigende zu rechtfertigen: Israels großangelegten Versuch, Gaza zu zerstören, und die Ermordung von mehr als 2000 Palästinensern, darunter viele hundert Kinder. Nichts kann die Bombardierung von UN-Refugien, Heimen, Krankenhäusern und Universitäten rechtfertigen. Nichts kann es rechtfertigen, Menschen Elektrizität und Wasser zu entziehen.“ Der Brief schließt mit dem Appell: „Niemals wieder“ muss NIEMALS FÜR NIEMAND WIEDER! bedeuten!



MEDIENEMPFEHLUNGEN



SIEDLERKOLONIALISMUS AUFGEBEN

【 J 】 Judith Butler, jüdische Philosophin und Professorin in Berkeley (USA), Trägerin des Theodor-W.-Adorno-Preises der Stadt Frankfurt a.M. 2012, wie viele Kritiker der Politik Israels insbesondere der Siedungspolitik auch schon des Antisemitismus verdächtig, versucht Antworten auf die Frage zu geben, inwieweit eine Kritik am Zionismus aus dem Judentum selbst heraus möglich ist. Sie entwickelt eine neue jüdische Ethik, die sich gegen die von Israel ausgeübte und vom Zionismus legitimierte staatliche Gewalt sowie Israels koloniale Unterdrückung der Palästinenser wendet. Sie tritt mit ihrer Ethik für die Rechte der Unterdrückten, für Gleichberechtigung der Völker und Religionen ein und plädiert vor diesem Hintergrund auch im Hinblick auf die Erfahrungen der Diaspora für einen Staat, in dem Israelis und Palästinenser, Juden und Nicht-Juden gleichberechtigt nebeneinander leben. Butler zeigt auf, dass wesentliche jüdische Überlieferungen Widerstand gegen staatliche Gewalt und koloniale Vertreibung und Beherrschung „nicht nur

zulassen, sondern sie sogar verlangen“. Sie plädiert anstelle eines simplen Multikulturalismus und der aktuellen weitreichenden und gewaltsamen Hegemonialstruktur, die der politische Zionismus Israel und seiner Bevölkerung aufzwingt, für eine neue Politik, „die den Siedlerkolonialismus aufgibt und komplexe und antagonistische Formen des Zusammenlebens vorsieht und damit eine Alternative zum desolaten Binationalismus bieten, wie er derzeit praktiziert wird.“ Ein wichtiges, wenn auch in weiten Teilen sehr wissenschaftlich gehaltenes und damit nicht immer einfach lesbares Buch. Aber eine sehr gute materialreiche Grundlage für einen ernsthaften Diskussionsprozess mit den resoluten Verteidigern aktueller Politik Israels.

DETLEF GRIESCHE

Judith Butler: Am Scheideweg.

Judentum und die Kritik am Zionismus, Campus-Verlag, Frankfurt am Main 2013, Hardcover gebunden, 28,90 € (auch als E-BOOK), ISBN 978-3-930378-80-7



Theo Sundermeier, Für ein offenes Jerusalem – Palästinensische Christliche Kunst heute, Evangelische Verlagsanstalt Leipzig, 2014, 108 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Paperback, ISBN 978-3-374-03791-9, 24,00 €

WEIHNACHTSGESCHENK

【 J 】 Der Autor legt einen (mit 107 S., 23 x 20 cm) vergleichsweise kleinen Kunstband vor. Im Vorwort erläutert er seinen Zugang zum Thema – eine Antwort auf das Kairos Dokument und Reaktion auf den „Betlehem Aufruf: Here we stand – stand with us“. Er wählt den Weg der Malerei, der mehrheitlich christlichen Palästinenser, deren Abwanderung er als ‚beängstigend‘ empfindet. Er fordert deshalb auf, ihre Stimme zu beachten und vor ihrem arabischen und christlichen Hintergrund zu verstehen. Er widmet sein Buch Viola und Mitri Raheb.

Die 85 Bilder, in technisch geglätteter Wiedergabe, von 17 palästinensischen Malern, allen voran die weithin bekannten Sliman Mansour und Ibrahim Hazimeh, werden uns aufschlussreich interpretiert. Die Abfolge kulminiert in dem Thema „Im Herzen aller: Jerusalem“ und der Sehnsucht nach einem himmlischen oder doch für alle Menschen und Religionen offenen Jerusalem. Der Autor schließt mit einem Text von Gush Shalom aus „Jerusalem – Stadt des Friedens“. – Insgesamt ein Kleinod, als Weihnachtsgeschenk geeignet.

GISELA SIEBOURG



AUTHENTISCHE SCHILDERUNGEN

【 J 】 In mehrmonatigen Aufenthalten im besetzten Palästina hat der ehemalige Lehrer Ekkehard Drost als Freiwilliger der Organisation EAPPI das Leben der Menschen in Palästina kennen gelernt. Im ersten Teil seines Buches beschreibt der Autor den unzumutbaren Alltag der Palästinenser unter der israelischen Besatzung. Trotz aller Entwürdigung und Misshandlung bewundert er deren Lebensmut, ihre Freundlichkeit und ihre Friedfertigkeit, die Liebe zu ihrem Land und die Hoffnung auf eine Zukunft in ihrer Heimat Palästina. Als Augenzeuge schildert er authentisch zahlreiche Verhaftungen von Jugendlichen und seine Beobachtungen auch vor dem israelischen Militärgericht. Er geht ein auf das Leben der von Israel bedrängten und zur Vertreibung verurteilten Beduinen, auf gewaltbereite jüdische Siedler, die ihre Verbrechen sogar unter Duldung der israelischen Armee begehen und auf das karge Leben in den Flüchtlingslagern. Im zweiten Teil beschreibt und lobt der Autor das

Engagement von zahlreichen Menschen, vor allem von Jugendlichen und von Organisationen, die sich für die Rechte der Palästinenser einsetzen. Als Pädagoge möchte er sie in ihrer Arbeit bestärken und andere Menschen dazu motivieren, da er fest davon überzeugt sei, dass die israelische Besatzung eines Tages ein Ende nimmt und die Palästinenser in Freiheit und Würde leben können. Drost stellt die Einstaaten- oder Zweistaatenlösung anhand der wichtigsten Protagonisten wie Sari Nusseibeh, Jeff Halper und Uri Avnery vor und begründet am Schluss, warum er zusammen mit anderen Menschen aus der Palästina-Solidarität auf „das Wunder“ hofft.

NAZIH MUSHARBASH

Eckard Drost, Hoffen auf das Wunder: Meine Begegnung mit Palästinensern, Israelis und Deutschen, Gabriele Schäfer Verlag, 2013, kartoniert, 250 Seiten, 100 s/w Fotos, ISBN 978-3-944487-06-9, 21,00 €



FILM // AUSSERORDENTLICH SPANNENDER SPIELFILM

【 J 】 In Ein junges Mädchen, in England aufgewachsen, begleitet ihre jüdische Freundin, die ihren Wehrdienst ableisten muss, nach Israel. Vorher hat sie die Tagebuchaufzeichnungen ihres Großvaters, der vor der Gründung des Staates Israel als Soldat der englischen Mandatsmacht gedient hat, zufällig auf dem Dachboden gefunden. Der kranke Großvater gibt ihr den Auftrag, einen palästinensischen Freund aus seiner Dienstzeit einen Schlüssel zu übergeben. Der Film zeigt beeindruckende und grausige Rückblenden aus der britischen Mandatszeit; Kampf zum Schutz der arabischen Bevölkerung, deren letztendliche Vertreibung und die Brutalität dieser Zeit. Das Mädchen sucht und findet die

verstreuten Reste der Familie. Sie gerät zwischen die Fronten der aktuellen Auseinandersetzungen. Dieser Film ist wohl gemerkt ein Spielfilm. Außerordentlich spannend; nur zweimal muss man Minderjährigen die Hand vor die Augen halten! Bestens geeignet für Jugendliche und an der Mandatszeit Interessierte. Einer meiner besten Filme, die ich gesehen habe.

JAN-GÜNTER FRENZEL

Gelobtes Land:

englischer Spielfilm, gezeigt in Arte im Jahre 2012, deutsche Version, 4 Teile, circa 6 Stunden, ca. 20,00€.

ANDERE NAHOST-POLITIK IST NÖTIG

■ Strohmeiers zweites Buch zur Nahost-Problematik zeigt die Notwendigkeit einer anderen Nahost-Politik, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland auf. Strohmeier verweist im Vorwort auf eine Aussage des französischen Publizisten und Friedenspreisträgers Alfred Grossers, der schrieb: „Wer Hitler abschütteln will, muss heute die Palästinenser verteidigen.“ Diese Aussage macht deutlich, wie „auf fatale Weise verstrickt“ die Beziehung zwischen Deutschland, Israel und den Palästinensern ist. Denn obwohl der Konflikt zwischen Juden und Palästinensern eine längere Vorgeschichte hatte, verschärfte er sich seit dem Teilungsplan der UNO 1947 und die massenhafte Zuwanderung bedingt durch den Holocaust. Die Gründung des Staates Israel und deren Folge Landraub, Vertreibungen und ethnische Säuberungen machen den Zusammenhang – unter dem Stichwort „Nakba“, der Katastrophe der Palästinenser deutlich. Deutschland hat unter Berufung auf die Verbrechen der

Nazis an den Juden den Staat Israel von Anfang an politisch, wirtschaftlich und militärisch unterstützt. Dabei hat der Siedlerkolonialismus dazu geführt, das Volk der Palästinenser aus Teilen ihrer Heimat zu vertreiben, insgesamt zu demütigen und zu terrorisieren und Gesellschaft und Kultur zu zerstören. Da dieser Prozess der aggressiven Politik eine Friedenslösung unmöglich macht, bedarf es insbesondere einer neuen Politik der Bundesrepublik, die die völkerrechtswidrige Expansions- und Besatzungspolitik Israels nicht länger unterstützt. Strohmeiers Buch zeigt auf, „warum eine andere Nahost-Politik unbedingt nötig ist“.

DETLEF GRIESCHE

Arn Strohmeier, Das unheilvolle Dreieck Deutschland,

Israel und die Palästinenser, Plädoyer für eine andere Nahostpolitik, Gabriel Schäfer Verlag, Herne 2014, kartoniert, 208 Seiten, 9 Farbfotos, 19,50 €, ISBN 978-3-944487-14-4

FILM // EINZIGARTIGE BEGEGNUNGSREISE

■ Zwölf deutsche Jugendliche auf einer einzigartigen Begegnungsreise durch die Krisenregion im Nahen Osten. Im Gepäck der 16- bis 22-Jährigen: das ungewöhnliche Schulbuch des Friedensforschungsinstitut PRIME „Israelis und Palästinenser – die Geschichte des anderen verstehen lernen“. Mit dabei: der HipHop-Künstler ENZ, der seine Eindrücke während der Reise mit seinen „rhythm and rhymes“ wiedergibt.

Auf ihrem Weg durch Israel und das besetzte Westjordanland begegnen sie auf beiden Seiten Menschen, die Wege der Verständigung mit dem „Feind“ suchen. Daoud Nassar z.B., ein palästinensischer Bauer, der sich unter dem Motto „wir weigern uns Feinde zu sein“ allein mit juristischen Mitteln der Gewalt der jüdischen Siedler

widersetzt, der Rapper Amim, der „Kunst als Waffe“ einsetzt, oder die israelische Familie Shahak, die eine Tochter durch ein palästinensisches Selbstmordattentat verloren hat und trotzdem heute mit Palästinensern zusammen arbeitet.

Schirmherr des Projekts: Landesbischof Dr. Johannes Friedrich

Gefördert von: Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern, Robert Bosch Stiftung, Auswärtiges Amt

Wir weigern uns Feinde zu sein

Den Nahost-Konflikt verstehen lernen – Deutsche Jugendliche begegnen Israelis und Palästinensern Dokumentarfilm, 90 Minuten, 2011 von Stefanie Landgraf und Johannes Gulde

DOKUMENTARFILM // ROADMAP TO APARTHEID

■ Der Film zeigt erstmals in einem sehr genauen und auf Fakten basierenden Vergleich Parallelen und Unterschiede zwischen den südafrikanischen System der Rassentrennung und Diskriminierung, das 1994 mit der Wahl des ersten schwarzen Präsidenten Nelson Mandela offiziell endete und der aktuellen Situation der Palästinenser heute. Er lässt viele namhafte Experten zu Wort kommen und ist damit gleichzeitig ein gelungenes Lehrstück für den Geschichtsunterricht. Die mit Apartheid bezeichnete rassistische Segregation gilt inzwischen als Straftat im Sinne des Völkerrechts. Der Film wurde mit Preisen und

positiven Rezensionen überschüttet. Er erschien fast zeitgleich mit der Entscheidung des südafrikanischen Nationalkongresses, den palästinensischen Aufruf für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) gegen Israel zu unterstützen.

FUAD HAMDAN



Roadmap to Apartheid

Dokumentarfilm – Frankreich 2012
OmdU, 95 Minuten
Regie: Ana Nogueira & Eron Davidson – in Kooperation mit Nathaniel Michael Cunningham
Overvoice: Alice Walker

ISRAEL AUF DEM WEG IN EINE MILITARISTISCHE GESELLSCHAFT?

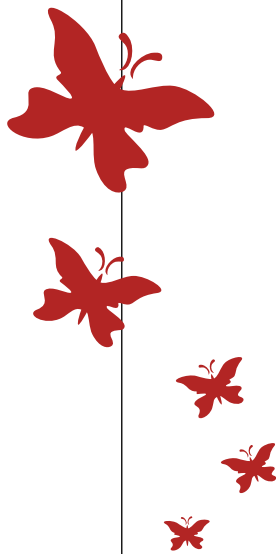
■ Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat einen Beitrag über das Militär in Israel veröffentlicht. Als Militarismus wird die Dominanz militärischer Wertvorstellungen und Interessen in der Politik und im gesellschaftlichen Leben bezeichnet, wie sie etwa durch die einseitige Betonung des Rechts des Stärkeren und die Vorstellung, Kriege seien notwendig oder unvermeidbar, zum Ausdruck kommen. (Wikipedia). Zur Beurteilung dieser Frage eine Aneinanderreihung von Fakten: Wehrdienst für jüdische Männer: 36 Monate. Für jüdische Frauen: 24 Monate. Reduktion bzw. Wegfall der Wehrpflicht für Religiöse und für Frauen mit Kindern und Verheiratete. Für christliche und muslimische Männer und Frauen gilt keine Wehrpflicht. Truppenstärke der IDF (Israel Defence Force): 177 000 Reguläre, 440 000 Reservisten. Der Anteil der „Nationalreligiösen“ im Militär nimmt stark zu. So weigern sich diese aber, aus religiösen und ideologischen Gründen, sich an Räumungen illigaler

Außenposten zu beteiligen. Die Armee genießt hohes Ansehen in der Bevölkerung: 90% für die Armee, ca. 30% für die politischen Parteien. Die Armee prägt das Solidaritätsgefühl, verstärkt aber auch die Außenseiterrolle der Nicht-Wehrdienstleistenden. Der Wehrdienst ist ein wichtiger Teil zu beruflichem Erfolg, besonders im Staatsdienst und im Sicherheitsdienst. Politische Institutionen sind stark durch ehemalige Militärs besetzt. Der Verteidigungshaushalt beträgt 15%.

Kritik an der Armee ist eine Randerscheinung; sie kommt von der kleinen Gruppe linksliberaler Journalisten (Haaretz) und NGOs wie Breaking the Silence oder BTselem. Gerade in Zeiten kriegerischer Aktionen wie im Gaza-Krieg „Protective Edge“ steht die Bevölkerung stramm hinter dem Militär. Wir können eine zunehmende „Politisierung des Militärs“ und eine „Militarisierung der Politik“ beobachten. <http://www.kas.de/wf/de/33.38621/>

JAN-GÜNTER FRENZEL





Friedensstiftende Beziehung Schüleraustausch zwischen Osnabrück und Beit Sahur

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ein Austausch zwischen deutschen und palästinensischen Schülerinnen und Schülern zur Förderung von Toleranz, Respekt und Dialogfähigkeit war von Anfang an Ziel der DPG-Regionalgruppe Osnabrück.

Von der Suche nach einer geeigneten palästinensischen Partnerschule, an der die Schülerinnen und Schüler neben Englisch und Arabisch auch Deutsch lernen, bis zur Unterschrift einer Partnerschafts-Urkunde dauerte es anderthalb Jahre. Als die Wahl auf die 1901 gegründete Privatschule in Beit Sahour fiel, die einen Kindergarten, eine Grund- und eine Sekundarschule mit rund 430 Schülern und 35 Lehrkräften vereint, haben sich das Kollegium und der Vorstand der Osnabrücker Remarque-Schule einstimmig für den geplanten Austausch ausgesprochen.

Die Schule wird zu 80 Prozent von Christen und zu 20 Prozent von Muslimen aller Schichten besucht und spiegelt gut die Situation der dortigen Bevölkerung wider. Die Unterzeichnung durch die beiden Schulleiter Gabriele Pinkernell und Shawqi Hawash erfolgte im Januar dieses Jahres.

Schon bald soll neben dem Austausch über das Internet auch eine Begegnung ins Rollen kommen.

Geplant ist eine gemeinsame, privat organisierte Fahrt von Lehrkräften der Remarque-Schule und Vertretern der DPG Ende Januar 2015. Im Anschluss daran sollen erstmals Schülerinnen und Schüler der Evangelisch-Lutherischen Schule in Beit Sahour für zwei Wochen nach Osnabrück kommen. Vor den Sommerferien soll dann der Gegenbesuch der Remarque-Schule in den rund 15 000 Einwohner zählenden Ort im Westjordanland stattfinden.

Zur Vorbereitung auf den Austausch wurde im letzten Schuljahre eine Palästina-AG gegründet. Unter der Leitung von Lehrkräften setzen sich dort aktuell neun Schüler ab der achten Klasse mit der Geschichte, Bevölkerung und Kultur des besetzten Palästinas auseinander.

„Ein Austausch zwischen Schülern und Lehrern unterschiedlicher Herkunft und Kulturen ist immer bereichernd. Im Sinne unserer Einrichtung, die sich als Friedensschule versteht, möchten wir uns für beide Seiten des Nahost-Konfliktes einsetzen und hoffen, mit der Partnerschaft einen ersten Schritt in Richtung friedensstiftender Dreiecksbeziehung zu machen“, so die deutsche Schulleiterin.

„Wir wollen es wagen, uns für eine gute Sache einzusetzen, und werden versuchen, die künftigen Austauschaktivitäten ohne finanzielle Beteiligung der Schüler zu realisieren“, fügt Schatzmeister Kamie Kanaan hinzu. Er hofft dabei auf die Unterstützung durch Spenden.



BITTE UNTERSTÜTZEN SIE MIT EINER SPENDE DIESEN SCHÜLERAUUSTAUSCH.

Viele Grüße aus Osnabrück

NAZIH MUSHARBASH

VORSITZENDER DER DPG-REGIONALGRUPPE OSNABRÜCK

[] P.S. In der letzten Ausgabe des Palästina Journals hatten wir um Hilfe für eine Taubstummen-Schule in Gaza gebeten. 950 Euro konnten wir der Atfaluna School for Deaf Children mit 270 Kindern in Kindergarten, Vorschule und Grundschule zukommen lassen. Herzlichen Dank für Ihre Spende!

Außerdem konnte dank Ihrer Hilfe an das Projekt „Gazas Arche“ 1.250 Euro aus Spenden einbezahlt werden. Die „Arche“ ist ein ehemaliges Fischerboot, das mit Waren, die im Gazastreifen produziert wurden, von Gaza aus ablegen soll.



Kunst und Kultur

Schweigen für Gaza

Es umkreist die Hüfte mit Minen ... und explodiert. Es ist kein Tod, es ist kein Selbstmord.

Es ist Gazas Stil, mit dem es beweist, dass es zu leben verdient. Seit vier Jahren fliegt Gazas Fleisch wie Bombensplitter. Es ist keine Zauberei, und es ist kein Wunder. Es ist seine Waffe, um seine Existenz zu verteidigen und seine Feinde zu verschlingen. Seit vier Jahren ist der Feind von seinen Träumen begeistert, verzaubert vom Liebäugeln mit der Zeit ... aber nicht in Gaza.

Gaza liegt weit weg von seinen Verwandten und nahe bei seinem Feind, Gaza ist eine Insel. Wenn es explodiert – und nicht aufhört zu explodieren –, dann zerkratzt es dem Feind das Gesicht, verjagt seine Träume und überlässt ihn nicht der Zufriedenheit der Zeit. Die Zeit ist in Gaza etwas anderes...

Die Zeit ist in Gaza kein neutrales Element. Sie drängt die Menschen nicht zur kalten Beobachtung, sie drängt sie zur Explosion und zum Zusammenstoß mit der Wahrheit. Dort reißt die Zeit die Kinder nicht aus der Kindheit und stößt sie ins Alter, sondern sie macht sie beim ersten Zusammentreffen mit dem Feind zu Männern. Die Zeit ist in Gaza nicht Entspannung, sondern Angriff in der Mittagsglut, weil die Werte in Gaza andere sind ... andere ... andere.

Der Wert eines Menschen in der Besetzung wird daran gemessen, inwieweit er der Besetzung widersteht. Das ist dort der einzige Maßstab. Gaza ist an diesen edlen, harten Wert reichlich gewöhnt. Es hat ihn nicht aus Büchern gelernt, nicht in einem Schnellkurs, nicht durch eine laute Propagandastimme und nicht durch Lieder. Es hat ihn durch die Erfahrung gelernt und durch die Arbeit, die nichts ist für Werbung und Fotos.

Gaza prahlt nicht mit seinen Waffen, seiner Revolution und seinem Budget. Es bietet sein bitteres Fleisch dar, handelt nach seinem Willen und vergießt sein Blut.

Gaza hält keine schönen Reden, Gaza ist kein Schreihals ... aus den Poren seiner Haut sprechen Schweiß, Blut und Feuer. Deshalb hasst es der Feind auf den Tod, fürchtet es bis zum Verbrechen und versucht, es im Meer, in der Wüste oder im Blut zu ertränken. Deshalb wird es von seinen Verwandten und Freunden geliebt, manchmal bis zur Eifersucht und zur Angst. Denn Gaza ist gleichermaßen für Freunde und Feinde das brutale, leuchtende Beispiel. Gaza ist nicht die schönste Stadt. Seine Küste ist nicht blauer als die anderer arabischer Städte. Seine Apfelsinen sind nicht die

besten am Mittelmeer. Gaza ist nicht die reichste Stadt (Fisch, Apfelsinen, Sand, Zelte, durch die der Wind weht, Schmuggelware, Arbeitskräfte für Käufer.) Es ist nicht die beste Stadt. Es ist nicht die größte Stadt. Aber es ist wie die Geschichte einer Nation. In den Augen seines Feindes ist es hässlich, ärmlich, bestialisch, weil es mehr als alles andere seine gute Laune und seine Ruhe stört, weil es sein Alptraum ist, weil es seine Apfelsinen vermint, weil seine Kinder keine Kindheit haben, seine Alten kein Alter und seine Frauen keine Wünsche. Und weil es so ist, ist es das Hübscheste, das Reinste, das Reichste und das, was die größte Liebe verdient. Wir tun ihm unrecht, wenn wir nach seinen Gedichten suchen. Wir dürfen Gazas Schönheit nicht verunstalten. Das Schönste an ihm ist, dass es keine Gedichte hat, zumal in einer Zeit, wo wir den Feind durch Gedichte besiegen wollten... Wir haben uns selbst geglaubt und waren begeistert, als der Feind uns singen ließ ... und wir ließen ihn siegen. Während die Gedichte unsere Lippen austrockneten, baute der Feind Städte, Bunker und Straßen.

Wir tun Gaza unrecht, wenn wir es in eine Legende verwandeln. Denn wir werden es hassen, wenn wir entdecken, dass es nicht mehr ist als eine arme, kleine Stadt, die Widerstand leistet.

Und fragen „wir: was hat es zu einer Legende gemacht, vernichten wir alle seine Vorzüge und weinen, wenn wir Würde haben. Oder wir verfluchen es, weil wir uns weigern, gegen uns selbst zu revoltieren.

Wir tun Gaza unrecht, wenn wir es rühmen, weil seine Anziehungskraft uns viel erwarten lässt. Gaza kommt nicht zu uns. Gaza befreit uns nicht. Gaza, das sind nicht Pferde, Flugzeuge, ein Zauberstab oder Büros in den Hauptstädten. Gaza befreit sich selbst von unseren Eigenschaften. unserer Sprache und zur gleichen Zeit von seinen Eroberern. Wenn wir mit Gaza zusammentreffen, kann es geschehen, dass es uns nicht erkennt, weil es im Feuer geboren ist und wir im Warten auf die Heimat und im Weinen um sie. Richtig, Gaza hat seine besonderen Bedingungen und seine besonderen revolutionären Traditionen. (Wir sagen das nicht, um zu analysieren, sondern um zu zeigen, worin wir uns von ihm unterscheiden.) Aber sein Geheimnis ist kein Rätsel, denn sein Widerstand ist geschlossen und volksverbunden. Es weiß genau, was es will. (Es will den Feind rauswerfen.) Das Verhältnis zwischen Volk und Widerstand ist wie das Verhältnis zwischen Haut und Knochen, und nicht wie die Beziehung zwischen Lehrer und Schüler.

Der Widerstand in Gaza wurde weder in eine Funktion noch in eine Institution verwandelt. Es hat keine Vormundschaft akzeptiert, und sein Schicksal hängt weder von einer Unterschrift noch von einem Daumendruck ab. Es ist nicht sehr daran interessiert, dass wir seinen Namen, seine Bilder oder seine Beredsamkeit kennen. Es glaubt nicht von sich, dass es Informationsmaterial bietet oder fotogen ist. Es hat sich nicht vorbereitet, vor den Kameras zu posieren. Und es hat auch kein Lächeln aufgesetzt. Es will nicht... und wir wollen nicht. Gazas Wunde soll nicht in ein Podium verwandelt werden.

Was das Schöne an Gaza ist, wir sprechen nicht viel von ihm, aber wir parfümieren seine Träume mit weibischen Liedern. Deshalb wird es ein Verlustgeschäft für die Händler. Und deshalb ist es für alle Araber ein kostbarer Schatz. Was das Schöne an Gaza ist, unsere Stimme dringt nicht zu ihm, nichts lenkt es ab, nichts hindert die Faust, dem Feind ins Gesicht zu stoßen. Gaza beschäftigt sich weder mit der Regierungsform in dem palästinensischen Staat, den wir an der Ostseite des Mondes oder an der Westseite des Mars errichten werden, nachdem er von uns entdeckt wurde, noch mit der Platzverteilung in einem Nationalrat. Gaza beschäftigt sich mit dem Widerstand, mit Hunger und Widerstand, mit Folter und Widerstand, mit Belagerung und Widerstand, mit Tod und Widerstand.

Mag sein, dass die Feinde Gaza besiegen. (Das stürmische Meer kann eine kleine Insel besiegen.)

Sie können seine Bäume fällen.

Sie können ihm die Knochen brechen.

Sie können Panzer in die Bäuche seiner Frauen und Kinder pflanzen.

Sie können es ins Meer, in die Wüste oder ins Blut werfen.

Aber: Die Lüge wiederholt sich nicht.

Es wird nie zu den Eroberern „Ja“ sagen.

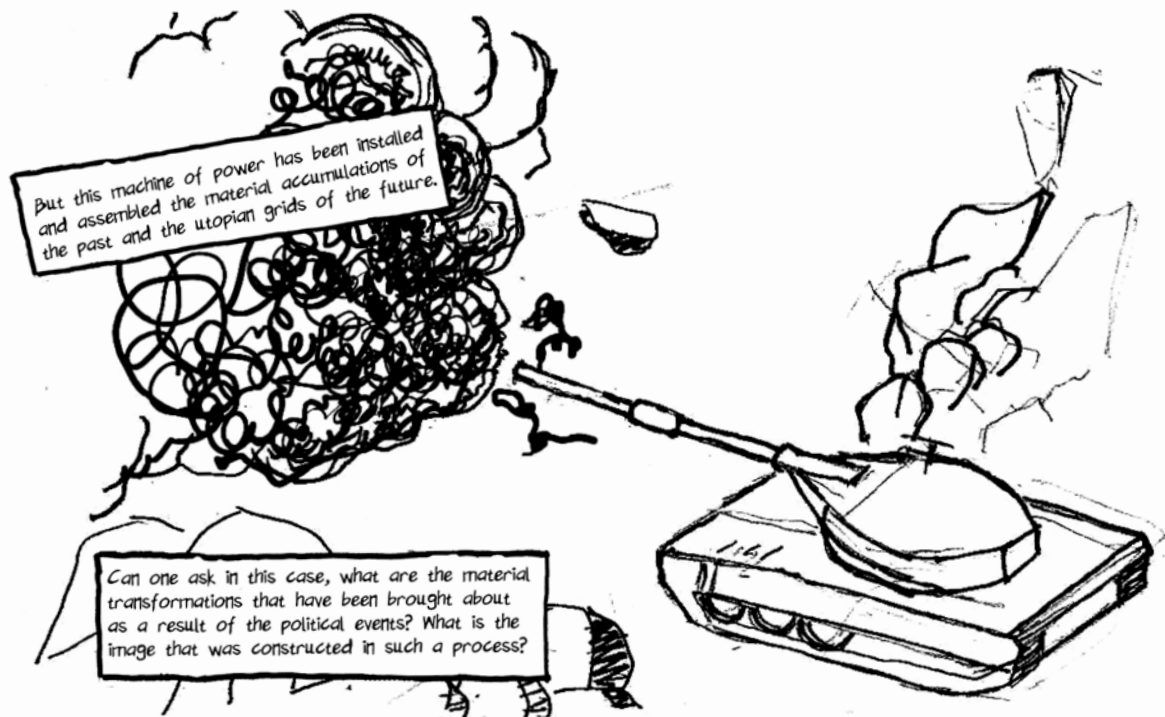
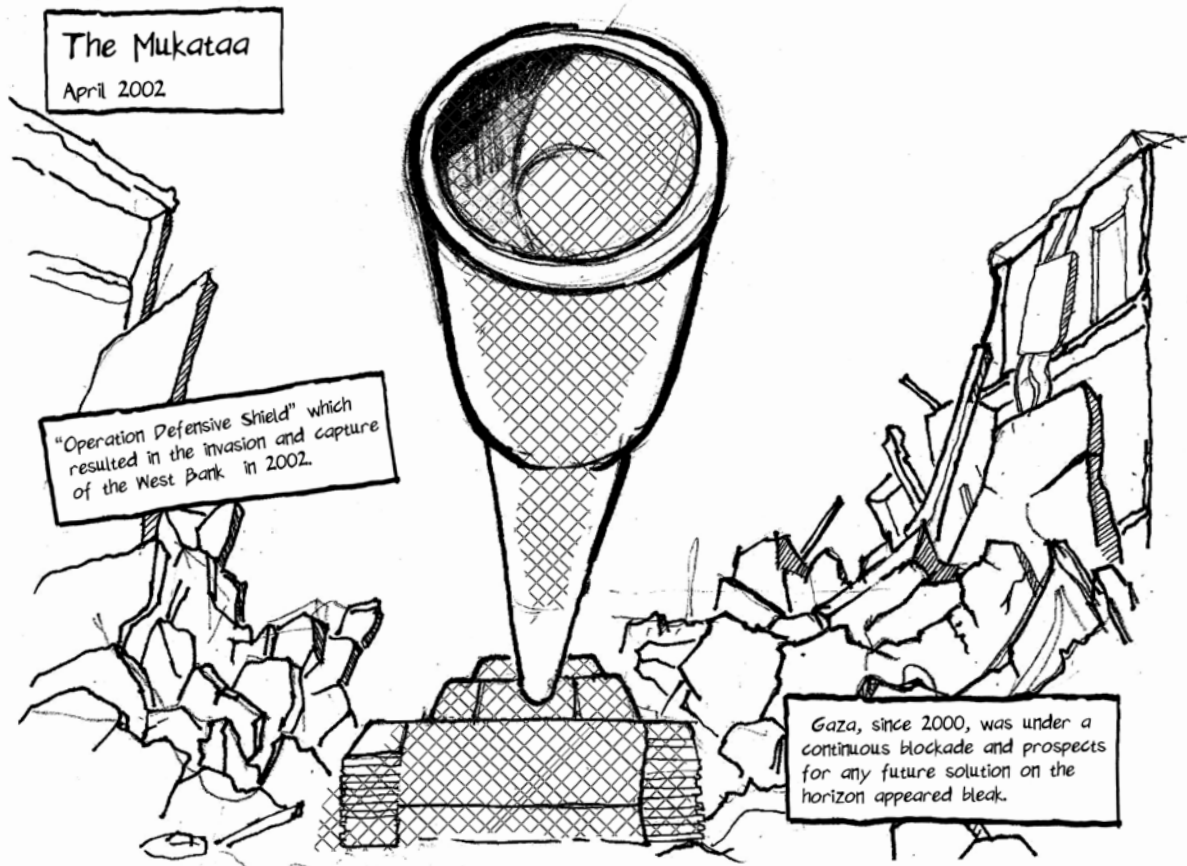
Es wird weiter explodieren.

Es ist kein Tod, es ist kein Selbstmord.

Es ist Gazas Stil, mit dem es beweist, dass es zu leben verdient.

MAHMOUD DARWISCH

Aus: Tagebuch der Alltäglichen Traurigkeit, Prosa aus Palästina, Herausgegeben und übersetzt von Farouk S. Deydoun, Verlag Der Olivenbaum – Berlin 1973
Dieser Text wurde 1991 in der wienzeile Nr. 5 „Alle Welt stirbt nicht“ erstmals publiziert und aus Gründen der neuerlichen Kriegseignisse der Jahreswende 2008/9 wieder zur Ansicht gestellt.



© Samir Harb

Samir Harb, 1981 in Ramallah geboren, ist Architekt und Cartoonist und arbeitet im Bereich Architektur und Landschaftsplanung im West-Jordanland. 2011 erhielt er das Goldsmiths Humanitarian Scholarship und den Melina Mercouri International Preis für das Gruppenprojekt Battir Cultural and Natural Landscape Management Plan 2011. Harb ist Stipendiat der Akademie Schloß Solitude in Stuttgart mit seiner Arbeit Introduction to [Arch]comology. Derzeit bereitet er ein größeres Kunstprojekt vor, das sich mit territorialen und politischen Transformationsprozessen im besetzten Palästina auseinandersetzt. Seine zahlreichen Zeichnungen sollen dort Eingang finden. Über den Verkauf einer limitierten Auflage einiger Drucke (Stückpreis: 250 bis 500 Euro) möchte er dieses Projekt finanzieren. Interessenten wenden sich bitte an die Palästina-Journal-Redaktion: roem@roesch-metzler.de

